

### Regierungswechsel in Ungarn 1994: Konkursverwaltung nach dem Realsozialismus und Wahlsieg der Sozialisten

Jozsa, Gyula

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Jozsa, G. (1996). *Regierungswechsel in Ungarn 1994: Konkursverwaltung nach dem Realsozialismus und Wahlsieg der Sozialisten*. (Berichte / BIOst, 10-1996). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien.  
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42328>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0435-7183



## Inhalt

Seite

Kurzfassung	
.....	
2	
1. Die Konkursmasse des Realsozialismus und die Konkursverwaltung nach dem Systemwechsel	
.....	
6	
2. Stichworte zur Bilanz der Konkursverwaltung unter der Antall- Boross-Regierung	
.....	
10	
2.1 Vergangenheitsbewältigung.....	10
2.2 Die Intelligenz und die Antall-Boross-Regierung.....	12
2.3 Der Medienkrieg.....	16
2.4 Die juristisch-institutionelle Infrastruktur.....	19
3. Gesellschaft und politische Kultur	
.....	
21	
3.1 Realsozialistische politische Kultur.....	21
3.2 Gesellschaftliche Modernisierungsleistungen des Realsozialismus?	
.....	
23	
3.3 Der ausgebliebene Elitenwechsel.....	25
4. Die Wahlen von 1994 und die Bildung der neuen Koalitionsregierung unter Gyula Horn	
.....	
28	
Summary	
.....	
31	

6. Februar 1996

**Gyula Józsa**

## **Regierungswechsel in Ungarn 1994**

Konkursverwaltung nach dem Realsozialismus und Wahlsieg der Sozialisten

**Bericht des BIOst Nr. 10/1996**

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

In der westlichen Osteuropaforschung wurde Ungarn häufig als das kommunistische Reformland par excellence hingestellt, auf das noch Ende der 80er Jahre als Beweis des Reform- und Wandlungspotentials des Realsozialismus hingewiesen wurde. Nach der Implosion der realsozialistischen Ordnung nahm man an, daß Ungarn zu denjenigen Ländern gehören würde, die die Transformation am schnellsten vollziehen und die "Transformationskrise" am schnellsten bewältigen würden.

Es kam anders als erwartet. Die Konkursmasse des Realsozialismus erwies sich auch in Ungarn als schwerwiegender als vermutet. Der Linkstrend in den postsozialistischen Ländern erfaßte auch Ungarn. Im Mai 1994 errangen die Sozialisten (USP) einen unerwartet hohen Wahlsieg (33%), der ihnen infolge des Wahlrechts, das die stärkste Partei begünstigt, 54% der Parlamentssitze bescherte.

Im vorliegenden Bericht wird der Versuch unternommen, die Fehleinschätzungen der Hinterlassenschaft des Realsozialismus kritisch zu beleuchten und die Probleme der Transformation in Ungarn zu skizzieren. Hinweise auf das gesellschaftliche und intellektuelle Milieu während der ersten demokratischen Legislaturperiode sollen den Wahlausgang 1994 verdeutlichen.

#### *Ergebnisse*

1. Die "posttotalitären" Illusionen in bezug auf Beschaffenheit, Wandel-, Reform- und Modernisierungspotential des Realsozialismus, die die Osteuropaforschung und somit die Politikberatung seit den späten 60er Jahren richtungsweisend beeinflußt haben, führten nicht nur zur Fehleinschätzung der "mörderischen" sowie "selbstmörderischen" Strukturen, Funktionen und Dysfunktionen des spätotalitären, politbürokratischen Realsozialismus, sondern auch dazu, daß im Westen und in den betroffenen Ländern die Größenordnung und Beschaffenheit der vom Realsozialismus hinterlassenen Konkursmasse häufig unterschätzt bzw. falsch eingeschätzt wurden. Das gilt auch in bezug auf Ungarn, das "liberale Musterlände der radikalsten Halbformen".
2. In der Fachliteratur über Transformation ist oft die Rede von der "Transformationskrise". Es wird häufig der Eindruck erweckt, daß die Krise etwa in Ungarn infolge des politischen Systemwechsels, aufgrund von fehlerhaften Transformationsstrategien und -techniken entstanden sei und nicht in der Hinterlassenschaft des Realsozialismus wurzele. Um die Verwechslung und Verwischung von Ursache und Wirkung zu vermeiden, erscheint es angebracht, anstatt von Transformation und Transformationskrise zu sprechen, den Begriff "Konkursverwaltung" zu verwenden.

3. 1989-1990 erfolgte in Ungarn nach der Implosion des spätotalitären und politbürokratischen Systems ein politischer Systemwechsel. Das grundsätzliche Problem Ungarns und aller postsozialistischen Staaten bestand und besteht in der Asynchronität und Spannung zwischen dem vollzogenen Wechsel des politischen Systems und dem nichtvollzogenen Wechsel in den Basisstrukturen der Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, speziell der politischen Kultur. Die vom Realsozialismus hinterlassene Konkursmasse, die im Rahmen der neuen, rechtsstaatlichen Institutionen und Regelmechanismen zu verwalten ist, liegt aber genau in den genannten Bereichen. Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur "wechselt" und ändert man bekanntlich nicht schnell und schmerzlos. Somit ergibt sich die grundsätzliche Spannung zwischen politischer Diskontinuität und wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Kontinuität, die es zu überbrücken gilt.
4. Die juristische Verfolgung von Verbrechen während des Kommunismus sowie das "Durchleuchten" von Mitgliedern und Kollaborateuren der Sicherheitsorgane wurde in Ungarn von den sozialistischen und liberalen Oppositionsparteien erfolgreich blockiert. Bis Ende 1995 wurde keine einzige Person, die etwa an Massakern 1956 teilnahm, rechtskräftig verurteilt oder der Kollaboration überführt bzw. zur Rechenschaft gezogen.
5. Die Mehrheit der meinungsbildenden Intelligenz war vom Anfang an mißtrauisch bis feindselig gegen die konservative Regierung eingestellt. Weder die christlich-konservativ noch die sozialistisch und liberal orientierten Intellektuellen waren auf den Systemwechsel vorbereitet. Wegen ihres parteipolitischen Überengagements vermochten sie nicht, einen emotionslosen, konstruktiven politischen Dialog zu führen, zur Vergangenheitsbewältigung und zur Entwicklung einer neuen politischen Kultur beizutragen und Orientierungshilfe für die desorientierte Gesellschaft zu geben. Entsprechend fielen die Bilanzen der Leistung der Antall-Boross-Regierung extrem feindselig oder extrem positiv aus, wobei aufgrund der Kräfteverhältnisse die unausgewogen negativen Urteile überwogen.
6. In den meisten Medien errangen bzw. sicherten sich die Sympathisanten der Freidemokraten und Sozialisten eindeutig eine Vormachtstellung. Der "Medienkrieg" in Ungarn zwischen 1990-1994 war eher ein Krieg der Medien gegen die christlich-konservative Regierung als ein Kampf um Pressefreiheit. Es ging dabei mehr darum, die im alten Regime verwurzelten bzw. während der "spontanen" Privatisierung (1988-1990) entstandenen Monopolstellungen auf dem Medienmarkt von christlich-konservativ orientierten Konkurrenten "freizuhalten". Für das Ungleichgewicht innerhalb der ungarischen Medienlandschaft und für die unterentwickelte Medienkultur sind auch westliche und westdeutsche Verlage mitverantwortlich, die mit Hilfe der alten Redaktionen - und unter Zusicherung von deren Minderheitsbeteiligung und Unantastbarkeit - die frühere Parteipresse unter dem Realpreis in "kapitalistischen" Mehrheitsbesitz brachten. Im Unterschied zu allen postsozialistischen Staaten wurden die Medien in Ungarn zwischen 1990 und 1994 nicht "abgewickelt" und umgekrempelt.
7. Das zentrale Anliegen der ersten demokratischen Regierung war der Ausbau einer neuen juristisch-institutionellen Infrastruktur. Damit handelte sie bewußt oder unbewußt im Sinne der besten Traditionen der ungarischen politischen Kultur. Das Institutsgefüge und der Regelmechanismus des realsozialistischen Staates waren grundsätzlich irrational und dienten als Quelle aller "mörderischen" Funktionen und "selbstmörderischen" Dysfunktionen sowie der vom System zurückgelassenen Konkursmasse. Wie das Beispiel Rußlands zeigt, hätten ohne eine neue juristisch-institutionelle Infrastruktur weder die "Entstaatlichung" noch die Privatisierung und die Sanierung der Wirtschaft

ebensowenig wie die Haushaltsreform in Angriff genommen werden können.

Trotz aller Verdächtigungen und Unterstellungen setzte die Antall-Boross-Regierung ihr Anliegen durch. Sie schaffte die Grundlagen einer neuen Demokratie und verschaffte somit dem Land eine relative politische Stabilität. Die rechtlich-institutionellen Regelmechanismen eines marktwirtschaftlich orientierten Rechtsstaates sind in Ungarn im Vergleich zu anderen postsozialistischen Staaten am weitesten entwickelt. Sie funktionieren keineswegs reibungslos, aber sie funktionieren.

8. Die ungarische Gesellschaft legitimierte niemals die letztendlich auf Zwang und Gewalt beruhenden sozialistischen Regelmechanismen und Institutionen. Sie handelte instinktiv nach eigenen Regeln gegen diesen Mechanismus und trotz der sozialistischen Normen. Aus dieser "Kohabitation" entstanden die "zweite Gesellschaft" und "zweite Kultur", die im komplexen Zusammenspiel mit solchen "selbstmörderischen" Dysfunktionen des Realsozialismus wie "zweite Politik" und "zweite Wirtschaft" zur Implosion des Systems führten. Eine Ausdrucksform der "nicht freiwilligen Akzeptanz" des Regimes war die unvorstellbare Korruption. Die Gesellschaft wurde nicht nur von oben korrumpiert und betrogen, sie korrumpierte selbst die Machtsäulen des Systems (Partei-, Staats- und Wirtschaftsverwaltung usw.) bis zu deren Spaltung und Zusammenbruch.  
Der Realsozialismus hinterließ eine "atomisierte", desorientierte, mit den rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Gepflogenheiten nicht vertraute Gesellschaft. Irreführt durch die Mehrzahl der Medien, hegte sie lange Illusionen in bezug auf die Kosten der Transformation, d.h. der Konkursverwaltung. Die Mehrheit der Bevölkerung erlag der Verdächtigung, daß der Grund aller existentiellen Probleme die Inkompetenz der Regierung sei, daß eine "erfahrene" und "fachkompetente" Regierungsmannschaft ihr diese Kosten ersparen könnte.
9. Eine ganze Reihe von in- und ausländischen Sympathisanten der sozialistischen und liberalen Oppositionsparteien war - in Fortsetzung der "posttotalitären" Sichtweise - bestrebt, die gesellschaftlichen Modernisierungsleistungen des Realsozialismus in Ungarn hervorzuheben. Merkwürdigerweise engagierten sich dabei eher die Vordenker und Sympathisanten der Freidemokraten als der Sozialisten.  
Die Überbewertung bestimmter zivilisatorischer Leistungen während des Realsozialismus beruhte auf Unkenntnis der realen Bewußtseinslage der Bevölkerung und trug zur Desorientierung der Gesellschaft sowie zur Verschleierung der Genese der Konkursmasse bei. Die angeblich "wertfreie" Beurteilung der sozialen "Errungenschaften" während des Sozialismus ohne Rücksicht auf Inhalte, soziale, humane und moralische Kosten, soziokulturelle Folgen und Methoden der Durchsetzung von bestimmten zivilisatorischen Leistungen ist an sich unlogisch, ahistorisch und absurd. Mit der gleichen Logik kann man die Leistungen eines jeden Verbrecherregimes zu Modernisierungsleistungen verklären und hochjubeln.
10. Beim politischen Systemwechsel und auch während der ersten demokratischen Legislaturperiode erfolgte kein Elitenwechsel. Allenfalls an der Spitze der politischen Elite gab es Änderungen. Die realsozialistischen Korporationen überlebten den Systemwandel und wirken in gewandelter Form weiter. Die Nomenklaturposten wurden beim Systemwechsel und während der "spontanen" Privatisierung blitzschnell und erfolgreich in Besitz, Kapital und Führungsposten in der Wirtschaft, im Kulturbereich oder bei den Parteien konvertiert. Die Thesen bestimmter Soziologen und die Interpretationen gewisser soziologischer Untersuchungen in bezug auf das Ausmaß des Elitenwechsels

sind so eindeutig parteiisch und voreingenommen, daß sie nicht als zuverlässig betrachtet werden können.

11. Umfragen vor den Wahlen signalisierten die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der christlich-konservativen Regierung; sie zeigten, daß es 1994 ebenso zu einer Protestwahl kommen würde, wie es 1990 der Fall war. Die Umfragen signalisierten auch, daß trotz aller Erwartungen 1994 dieselben sechs Parteien ins Parlament gelangen würden wie 1990.

Die Parteienlandschaft stabilisierte sich zwar zwischen 1990 und 1994, sie blieb aber aus der Sicht der Wähler nach wie vor unausgereift und verschwommen. Entscheidend für den Wahlausgang waren nicht die für die Wähler unzugänglichen Prinzipien und abstrakt-theoretischen Zielsetzungen der verschiedenen Wahlprogramme, sondern die unterschwellig Bot-schaften und die mehr oder weniger gelungene Propaganda der einzelnen Parteien. Den Sozialisten und Freidemokraten gelang es, die Illusion der Wähler zu erwecken, daß ihre Fachkompetenz und Erfahrung weitere soziale Kosten der Transformation ersparen würde. Entsprechend hoch fiel der Wahlsieg der Sozialisten aus. Weder die Altkommunisten (USAP) noch die Rechtsnationalisten, mit denen die liberalen Medien die in- und ausländische Öffentlichkeit jahrelang verschreckten, gelangten ins Parlament.

Von den 209 Abgeordneten der Sozialisten waren vor dem Systemwechsel 58 Parteifunktio-näre, 16 hohe Würdenträger der ehemaligen KP, 28 LPG-Vorsitzende und neun Gewerk-schaftsfunktionäre. Mehr als die Hälfte der Abgeordneten der USP bekleidete vor 1990 höchste und mittlere Nomenklaturposten. Wenn man die 60 Ärzte, Lehrer und Juristen sowie die 30 Inhaber von leitenden Positionen in der Wirtschaft mitberücksichtigt, ergibt sich das Dilemma, inwieweit die USP als die Partei der Reformkommunisten, der "Nomen-klaturbourgeoisie" oder einer modernen Sozialdemokratie betrachtet werden kann.

## 1. Die Konkursmasse des Realsozialismus und die Konkursverwaltung nach dem Systemwechsel

Der Linkstrend in den postsozialistischen Staaten erfaßte auch Ungarn. Im Mai 1994 errangen die Sozialisten (USP) einen unerwartet hohen Sieg, der ihnen infolge des Wahlrechts, das die stärkste Partei begünstigt, 54% der Parlamentssitze bescherte. Trotz der komfortablen Mehrheit gingen sie eine Koalition mit dem Bund der Freidemokraten (BdF) ein, der liberalen Partei, die sich 1989-1990 noch als unversöhnlicher Gegner und Opponent der USP profiliert hatte. Die neue Koalition erwies sich als instabiler als die christlich-konservative Koalition von 1990. Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten drohte sie um die Jahreswende 1994-1995 auseinanderzubrechen. Etwas resigniert stellte Ministerpräsident Gy. Horn Anfang 1995 fest, daß er nicht damit gerechnet habe, daß das Regieren so schwer sein könne, daß die "ursprüngliche Kapitalakkumulation" in den postsozialistischen Ländern wenn auch nicht mit Blut, so doch mit viel "Dreck" behaftet sei.<sup>1</sup> In den Interviews nach dem Rücktritt seines Finanzministers L. Békesi im Januar 1995 klang das allmähliche Verständnis dafür durch, daß der 1993 verstorbene Ministerpräsident Antall seine Regierungsbildung 1990 als "Kamikaze-Unternehmen" bezeichnet hatte. Möglicherweise begann Ministerpräsident Horn auch die Frage neu zu bedenken, ob der zu beseitigende "Dreck" nur die Hinterlassenschaft der ersten demokratischen Regierung sei, wie es vor und während des Wahlkampfs in den liberalen und sozialistischen Medien den Wählern eingetrichtert wurde. Bereits einige Monate nach dem Regierungswechsel wurde es offensichtlich, daß die Bewältigung der Hinterlassenschaft des Realsozialismus wohl nicht nur eine "Kamikaze-Regierung" und nur eine Legislaturperiode in Anspruch nehmen wird.

Die "posttotalitären" Illusionen über Beschaffenheit, Wandel-, Reform- und Modernisierungspotential des Realsozialismus, die die Osteuropaforschung und somit die Politikberatung seit den späten 60er Jahren richtungweisend beeinflußt haben, führten nicht nur zur Fehleinschätzung der "mörderischen" sowie "selbstmörderischen" Strukturen, Funktionen und Dysfunktionen des spätotalitären, politbürokratischen Realsozialismus, sondern auch dazu, daß im Westen und in den betroffenen Ländern die Größenordnung und Beschaffenheit der vom Realsozialismus hinterlassenen Konkursmasse häufig unterschätzt bzw. falsch eingeschätzt wurden. Das galt auch in bezug auf das "liberale Musterlände der radikalsten Halbreform", Ungarn, auf das noch Ende der 80er Jahre als Beweis des Reform- und Wandlungspotentials des Realsozialismus hingewiesen wurde.<sup>2</sup> Fehleinschätzungen in der Diagnose führen bekanntlich zu fehlerhafter Therapie bzw. Therapieempfehlung.

Die Illusionen in der Osteuropaforschung führten auch dazu, daß die Implosion des Realsozialismus zwischen 1989 und 1991 nicht nur die Betroffenen, was nicht verwunderlich ist, sondern auch den Westen unvorbereitet traf. Es geschah wieder einmal nicht das "Unvermeidliche", sondern das "Unerwartete", wie F. von Hayek das Paradoxon der Geschichte, aus der man nicht zu lernen vermag, beschrieb. Während in den USA oder in Frankreich eine intensive Auseinandersetzung zum Thema der "Vergangenheitsbewältigung" der Osteuropaforschung vor sich ging, erörterte man in Deutschland kaum gebührend die Fragen, was eigentlich 1989-1991 mit dem Realsozialismus geschah, welche ungeheure Konkursmasse das System hinterließ, wie und warum die oft neomarxistisch inspirierte "posttotalitäre" Sichtweise zu Fehleinschätzungen der Vorgänge in Osteuropa führte.

<sup>1</sup> Népszabadság, 31.1.1995, I. Schlett, in: Magyar Nemzet, 18.2.1995, S. 17.

<sup>2</sup> Ch. Royen, Osteuropa: Reformen und Wandel, Baden-Baden 1988, S. 16 ff.

Es gibt zwar eine Flut von Literatur über Transformation, aber die entscheidende Frage, was eigentlich in Osteuropa und wie transformiert werden soll, d.h. die Frage nach der Ausgangslage, der Beschaffenheit und Größenordnung der Konkursmasse des Realsozialismus, wurde selten gestellt. Um die "unerwartete" Größenordnung der vom Realsozialismus hinterlassenen Konkursmasse einzuschätzen und somit die Probleme und die Vorgänge in Ungarn (und in Osteuropa) richtig beurteilen zu können, ist es angebracht, auf die Leichtfertigkeit hinzuweisen, mit der zur Beschreibung der Vorgänge die Begriffe "Transformation" und "Transformationskrise" angewandt werden. "Transformation" wird mitunter in dem Sinne verwendet, als ob etwa in Ungarn 1989-1990 nichts anderes passiert sei als der Austausch der politischen Hauptakteure. Seither, insbesondere nachdem die Sozialisten an die Regierung zurückkehrt seien, hätten sich nur die Reformbemühungen der Reformkommunisten, sozusagen der "Wandel", fortgesetzt. Die in Ungarn auftauchenden Probleme und Schwierigkeiten seien nichts anderes als die der Transformation, eben Zeichen der "Transformationskrise". In Fortsetzung der "posttotalitären" Paradigmen werden somit Ursache und Wirkung, nämlich die Genese der Konkursmasse und die Probleme der Konkursverwaltung, verwechselt und verwischt, Fehldiagnosen der Vorgänge - und in der Politikberatung - sind damit vorprogrammiert.

Transformation und Transformationszwang sind nicht Ursache der Krise und der Schwierigkeiten in Osteuropa, sondern Folge der realsozialistischen Mißwirtschaft. Die Krise - analog der Krankheit eines auf dem Operationstisch liegenden Patienten - entstand nicht mit dem Beginn der Operation "Transformation", d.h. seit dem politischen Systemwechsel (1989-1991), sondern sie entwickelte sich in Jahrzehnten der realsozialistischen Mangelwirtschaft. Die Krise in Osteuropa ist keine Transformationskrise, allenfalls wurde sie während der Krisenbewältigung offensichtlich. Die Transformation wurde nach dem Bankrott des Realsozialismus, nach dem politischen Systemwechsel, infolge der hinterlassenen Konkursmasse in den Bereichen Wirtschaft, Gesellschaft, politische Kultur usw. möglich und unvermeidlich.

Die nichtvollzogene "Vergangenheitsbewältigung" der posttotalitär orientierten Osteuropaforschung führte auch zu Einseitigkeit bei der Beurteilung der Vorgänge in Osteuropa. Noch jahrelang nach dem Systemwechsel starrte man im Westen nur auf die eine Gefahr in den postsozialistischen Staaten, die Gefahr des "Rückfalls in die Geschichte" der Nationalismen<sup>3</sup>, obwohl viele westliche Beobachter u.a. die Lösung der nationalen Probleme in die Liste der "Modernisierungsleistungen" des "posttotalitären" Realsozialismus einreichten. Die Gefahr und die Folgen des Verbleibens bzw. der Rückkehr der Vertreter der alten politbürokratischen Eliten in neuen Gewändern wurden weitgehend ignoriert.

Merkwürdig erscheinen gewisse Vorwürfe seitens derjenigen, die den "posttotalitären" Realsozialismus als ein "Modernisierungsmodell" betrachteten, an die Adresse derjenigen, die im Realsozialismus keine Modernisierungsleistungen erkannten und die Reformen in Ungarn, aber auch in der Sowjetunion zur Zeit der Perestrojka allenfalls als Halbreform und Zeichen der Agonie des spätotalitären Systems deuteten. Es werden zwar bestimmte Fehleinschätzungen der "posttotalitären" Schule zugegeben, aber bis in die Gegenwart die Vorwürfe wiederholt, daß die "Spätotalitaristen" sich durch ihre "moralisierende Voreingenommenheit" noch schlimmere Fehleinschätzungen geleistet hätten als die "Posttotalitaristen". Denn sie hätten nicht nur bestimmte positive Entwicklungen im Realsozialismus übersehen, sondern auch seinen friedlichen

---

<sup>3</sup> A. Applebaum, The Fall and Rise of the Communists, in: Foreign Affairs, Nr. 6, 1994, S. 7 ff.; S. Trifunowska, Multilateral Response to Ethnicity..., in: Helsinki Monitor, Nr. 4, 1994, S. 79; S. Avineri, The Return of History..., in: Brookings Review, 1992, S. 30.

Untergang - sei es nun in Form von "rückwärtsgewandten Prophetien" - nicht vorauszusagen vermocht.<sup>4</sup>

Analoge Vorwürfe und der Selbstrechtfertigung dienende Rückzugsgefechte leiden nur an einem, dafür aber verhängnisvollen Mißverständnis in bezug auf die Leistungsfähigkeit der politischen Wissenschaften und damit der Osteuropaforschung. Diese konnten und können allenfalls mittel- und langfristige Trends - je nach falscher, "posttotalitärer" oder, richtiger, "spättotalitärer" Orientierung - signalisieren, aber niemals das Wann und Wie der Vorgänge exakt voraussagen. Und zwar deshalb nicht, weil bei den politischen Vorgängen "subjektive Faktoren" eine viel entscheidendere Rolle spielen als marxistische, positivistische oder sonstige Konstruktionen jemals vorausgesetzt haben. Mit der Implosion des Realsozialismus kam zwar nicht das "Ende der Geschichte", aber sicherlich das Ende - jedenfalls das vorläufige Ende - für konstruktivistische Deutungen von politischen und sozialen Phänomenen.

Seit F. von Hayek bis in die zweite Hälfte der 80er Jahre gab es wenn auch keine "Prophetien", so doch zahlreiche Trendanalysen, die die Unreformierbarkeit und das "Ende des Kommunismus" signalisierten. Es gab auch solche, in denen von der zunehmenden Unregierbarkeit und von den irreparablen Dysfunktionen der Partei- und Staatsverwaltung in den sozialistischen Ländern die Rede war. Es wurde auch die These vertreten, daß die Vertiefung der Krise des realsozialistischen Systems nur durch Anwendung der "prima et ultima ratio" des Systems, durch Gewalt, aufzuhalten sei.<sup>5</sup> Analoge Signale wurden in der Euphorie der "Gorbimanie" einfach ignoriert.

Was das Wann und Wie des Untergangs des Kommunismus anbetrifft, konnte es keine exakten Voraussagen geben, und es gab auch keine, es sei denn in Form von vagen, feuilletonistisch-subjektiven Einschätzungen, wie etwa von A. Amalrik in seinem Buch "Sowjetunion, 1984". Die Implosion des Systems erfolgte nicht durch den "Wandel" in Richtung Modernisierung, Demokratisierung, Verrechtlichung usw., sondern weil die Trägerelemente des Systems - Parteiapparat, Staats- und Wirtschaftsverwaltung, Sicherheitsorgane usw. - sowie die ideologische Zementierung von innen her so morsch geworden waren, daß sie unter der "Last" alleine von Halb-reformen wie eine Kartenburg zusammenbrachen.

Man akzeptiert im Westen ungern die innere Logik bei der Implosion des Realsozialismus, denn sie würde manche langgehegte Illusion als solche enthüllen. Es waren nämlich zunächst das Rückgrat, der Generator und Prototyp des Systems, die Parteiapparate, d.h. die Eckpfeiler des Institutions- und Machtgefüges, in den einzelnen Ländern und in der Metropole zusammen- und weggebrochen. Der Zerfall des Systems und des Imperiums konnte nur parallel zu diesem Vorgang bzw. danach erfolgen. Die Akzeptanz dieses kausal-faktischen Zusammenhangs würde gleichsam einen guten Teil der komparativistischen, konvergenz-, modernisierungs- und legitimierungstheoretischen Ansätze der "posttotalitär" orientierten Literatur über den Realsozialismus als Makulatur entlarven.

Die Agonie des Systems bis zum Exitus verlief nicht nach den Drehbüchern der posttotalitären Diagnosen und Paradigmen und schon gar nicht nach den Postulaten des Marxismus, die von der Geschichte - wie 1917 - wieder einmal auf den Kopf gestellt wurden. Denn beim friedlichen Kollaps des Systems spielten "subjektive Faktoren" die entscheidende Rolle, die man nicht voraussagen kann. So etwa die im Westen vielfach geteilten Illusionen der ungarischen Reformkommunisten oder M. Gorbatschows, daß das System reformierbar und somit zu retten sei. Es erwies

<sup>4</sup> S. Avineri, in: FAZ, 2.2.1993; K. von Beyme, Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main 1994, S. 16 ff.

<sup>5</sup> A. Ignatow, Psychologie des Kommunismus, Augsburg 1985, S. 158; Beiträge des Verf. in Jahrbüchern des BIOst seit 1980.

sich aber, daß die zum Krisenmanagement, d.h. zwecks Erhalt des Machtmonopols der KP's gestarteten Halbreformen - sowohl in Ungarn seit 1968 als auch in der Sowjetunion seit 1985 - den Zerfallprozeß nicht aufhielten, sondern beschleunigten und vertieften. Aufgrund der bestehenden Machtverhältnisse war die subjektive, aus der Sicht der "Ratio" des Systems inkonsequente und beispiellose Entscheidung des mächtigsten Mannes des Sowjetimperiums, beim Krisenmanagement keine Gewalt im Lande und länderübergreifenden Maßstab anzuwenden, noch folgenschwerer. Für diese "systemfremde Inkonsequenz", die aber für die Erhaltung des Friedens von historischer Bedeutung war, hat Generalsekretär und Präsident M. Gorbatschow zu Recht den Nobelpreis erhalten. Das Wann und Wie des Kollapses war u.a. auch wegen der Imponderabilität dieses "subjektiven Faktors" nicht voraussagbar. Denn M. Gorbatschow war der erste - und deshalb auch der letzte - Generalsekretär der KPdSU, der nicht zum traditionellen Mittel der Wiederherstellung der Ordnung im Sowjetimperium, zur Gewalt, gegriffen hat.

Hätte M. Gorbatschow dies getan, etwa 1989 die Divisionen der Sowjetarmee in der DDR oder in Ungarn - wie 1953 und 1956 - mobilisiert und eingesetzt, wäre die Geschichte sicherlich anders verlaufen. Den Zerfall des Systems und des Imperiums hätte er in diesem Fall vermutlich auch nur aufhalten können. Auch wenn M. Gorbatschow diese hypothetische, aber damals in seiner Disposition stehende Entscheidung getroffen hätte, wären die Antworten auf die Fragen nach dem Wann und Wie des Untergangs, vor allem nach den Konsequenzen einer solchen Entscheidung, vage, allenfalls mit düsteren Hypothesen behaftet gewesen bzw. geblieben. Exakte Voraussagen sind also in bezug auf alle Varianten der historisch-politischen Abläufe nicht möglich.

Was geschah in Ungarn 1989? Da diesmal, anders als 1956, die "brüderliche Hilfe" seitens der Sowjetunion ausblieb, implodierte das spätotalitäre, politbürokratische System, es erfolgte ein politischer Systemwechsel.<sup>6</sup> Das grundsätzliche Problem Ungarns und aller postsozialistischen Staaten bestand und besteht in der Spannung und Asynchronität zwischen dem vollzogenen Wechsel des politischen Systems und dem nichtvollzogenen Wechsel in den Basisstrukturen wie Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, speziell politische Kultur.<sup>7</sup> Die vom Realsozialismus hinterlassene Konkursmasse, die im Rahmen der neuen, rechtsstaatlichen politischen Institutionen und Regelmechanismen zu verwalten ist, liegt aber genau in den genannten Bereichen. Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur sind bekanntlich nicht leicht und schnell zu "wechseln" und zu ändern.

Nicht nur in der westlichen, auch in der ungarischen Fachliteratur über Transformation wird häufig diese grundsätzliche Spannung und Asynchronität zwischen Politik einerseits, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur andererseits, d.h. zwischen Wandel und Kontinuität, ignoriert, ja mitunter unterschlagen. Somit werden Ursache und Wirkung verwischt und verwechselt sowie durch politisch-weltanschauliche Präferenzen motivierte Fehltritte vorprogrammiert. Diese Vorgehensweise illustriert ein Interview mit einem angesehenen Wirtschaftswissenschaftler in einer ungarischen Wochenzeitschrift von Mitte Juli 1995. Das Interview beginnt mit einer Frage nach dem Niedergang der Wirtschaft in Ungarn und Ostmitteleuropa, den "der Systemwechsel explosionsartig ausgelöst" habe. Alleine die Formulierung deutet an, daß aus der Sicht des Interviewers die Ursachen der wirtschaftlichen Probleme im politischen Systemwechsel liegen, jedenfalls datieren sie erst seither, d.h. seit 1989-1990. Typisch für einen Großteil der Sym-

<sup>6</sup> Gy. Józsa, in: Berichte des BIOst, Nr. 23, 1993.

<sup>7</sup> G. Meyer, Političeskaja kul'tura v totalitarnom i posttotalitarnom obščestve, in: Vestnik Moskovskogo Universiteta, Serie 12, Nr. 5, 1994, S. 5 ff.

pathisanten der sozialistisch-liberalen Koalition, machte sich der Interviewte nicht die Mühe, den irreführenden Ansatz in der Fragestellung zu korrigieren.<sup>8</sup>

Der Kollaps des Realsozialismus hatte trotz oder gerade wegen seines erfreulich friedlichen Ablaufs eine wenig erfreuliche Konsequenz für das Bewußtsein der Betroffenen, aber auch für das der Außenstehenden. Der Nationalsozialismus wurde von außen zerstört. Die Hekatomben des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust bewirkten eine Katharsis im Bewußtsein der Sieger und Besiegten. Diese führte zur Rückbesinnung auf die Verbrechen und zur Opferbereitschaft bei der Ruinenbeseitigung, aber auch zur Hilfsbereitschaft der USA vom Programm der "drei D's" (Demilitarisierung, "Denationalsozialisierung" und Demokratisierung) bis zur Marshall-Hilfe. Das Ausbleiben einer nachhaltigen Katharsis im Bewußtsein der Bevölkerung beim politischen Systemwechsel trug dazu bei, daß die zum primitiven Materialismus "umerzogenen", verwirrten und desorientierten Staatsbürger Ungarns allzu lange Illusionen in bezug auf die Probleme des Übergangs zur Marktwirtschaft hegten. Auch die Erkenntnis, daß Ungarn die Verwaltung der Konkursmasse des Realsozialismus in eigener Regie und Verantwortung durchstehen muß, rückte erst mit großer Verspätung und allmählich ins öffentliche Bewußtsein.<sup>9</sup> Denn bei aller westlichen Hilfsbereitschaft wurde für die postsozialistischen Staaten keine zweite Auflage der Marshall-Hilfe ernsthaft in Erwägung gezogen.

In Osteuropa, mit den von den Kommunisten zu verantwortenden Verbrechen im Hintergrund, die allerdings im Westen häufig als Epiphänomen der "Modernisierungsleistungen" minimalisiert und weginterpretiert worden sind, erfolgte der Kollaps des Realsozialismus von innen, verlief meistens ohne Blut und hinterließ scheinbar keine Ruinen. In der Tat aber waren die Ruinen in Ungarn und Osteuropa in Bereichen der Wirtschaft, der gesellschaftlichen Bewußtseinslage und der Kultur von vergleichbarer Größenordnung wie im Nachkriegseuropa. Ein vergleichbares Schuldgefühl, wie es die Deutschen nach 1945 empfanden, blieb in Osteuropa zum großen Teil aus. Die NSDAP wurde verboten. Die kommunistischen Parteien und Eliten in Osteuropa lebten in gewandelter Form weiter.

## **2. Stichworte zur Bilanz der Konkursverwaltung unter der Antall-Boross-Regierung**

### ***2.1 Vergangenheitsbewältigung***

Während des Kommunismus wurde die Geschichte Ungarns entstellt, eine - bezogen auf die Zwischenkriegszeit oder auf die Kriegszeit - ausgewogene Vergangenheitsbewältigung im Ansatz erstickt. Die offizielle Propaganda operierte lange mit dem Begriff "sündige Nation", die Ideologie knebelte eine objektive Geschichtsschreibung. Nach dem Systemwechsel, parallel mit der Konkursverwaltung und der Aufgabe, die neuen gesetzlich-institutionellen Rahmenbedingungen eines Rechtsstaats zu schaffen, stellte sich die Aufgabe der Bewältigung nicht nur der realsozialistischen, sondern auch der weiter zurückliegenden Vergangenheit. Das war wohl ein gewaltiges Bündel von Aufgaben.

Eine Rückbesinnung auf die Vergangenheit, ihre Neubewertung, waren nach der langanhaltenden ideologischen Knebelung und der hinterlassenen "Tabula rasa" im öffentlichen Bewußtsein nicht nur legitim, sondern unerläßlich, um die Basis einer neuen, demokratischen und geläuterten

<sup>8</sup> Interview mit J. Gács, in: *Heti Világ* 1995, 15.7.1995, S. 43 ff.

<sup>9</sup> Kivánságaink, 1947-1994, in: *Népszabadság*, 24.12.1994.

nationalen Identität zu schaffen. Dazu wären ein minimaler Konsens zwischen Parteien und Intellektuellen sowie die Bereitschaft zur sachlichen Diskussion erforderlich gewesen. Der minimale Konsens bestand aber nur in der Ablehnung des Realsozialismus. Ab dem Moment, als es um die Modalitäten, Tempi und Techniken der Konkursverwaltung, um die Bewertung und Verarbeitung der Vergangenheit ging, hörte der minimale Konsens auf, der Dialog wurde überpolitisiert, überideologisiert und unversöhnlich, häufig sogar hysterisch. Nicht nur die Bevölkerung, auch die Intelligenz erwies sich als vom Realsozialismus tiefer geprägt, als es ihr selbst bewußt war, und war auf den Systemwechsel nicht vorbereitet.

Der namhafte Dramatiker und Essayist I. Eörsi berichtete Anfang 1995 den deutschen Zeitungslesern über die Widersprüche und Unzulänglichkeiten der ungarischen Vergangenheitsbewältigung sowie der Gesetze über Durchleuchtung und Strafverfolgung (1994) von Verbrechen der Rákosi- und Kádár-Ära. Er selbst war Opfer der Kádárschen "Konsolidierung" nach 1956, die in der Praxis einen Rachefeldzug mit Hunderten Todesurteilen und Zigtausenden Gefängnis- und Internierungsurteilen bedeutete. Eörsi und seine freidemokratischen Parteifreunde - einschließlich des Staatspräsidenten A. Göncz - vertraten die Ansicht, daß juristische Mittel, u.a. Strafverfolgung, für die Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit ungeeignet seien. Zur Läuterung könne es "ausschließlich in der Sphäre der Moral kommen".<sup>10</sup>

Sein Plädoyer begründete I. Eörsi mit zwei Argumenten: "Erstens haben wir kein 'West-Ungarn', dessen Intelligenz wie in Deutschland vom Richterstuhl über die erbarmungswürdigen Ostler hätte richten können. Zweitens hörten bei uns Anfang der 60er Jahre die himmelschreienden Gesetzesbrüche auf, von da an wucherte das Unrecht nur noch im normal-banalen Rahmen".

Diese Ansicht und die Fragen, ab wann, wie weit und welche Gesetzesbrüche in den vergangenen Jahrzehnten "himmelschreiend" und somit strafrechtlich verfolgbar sein sollten, wurden in Ungarn seit 1990 heiß diskutiert. Bei der Diskussion, etwa beim Vergleich der faschistischen und kommunistischen Verbrechen und ihrer Ahndung, wurde viel Porzellan zerschlagen. Eörsis These von der "moralischen Vergangenheitsbewältigung" mag respektabel und diskussionswürdig sein. Seine Seitenhiebe gegen die "westdeutsche Intelligenz", seine giftsprühende Polemik gegen die "ungarische Art" der Vergangenheitsbewältigung durch "untaugliche Kommissionen mit untauglichen Methoden", gegen "blindwütige Antikommunisten... wie etwa der faschistoide István Csurka", die IMs gewesen seien<sup>11</sup>, illustrieren allerdings, mit welcher Emotionalität heikle Themen diskutiert wurden, auf welchem Niveau manche Dramatiker und politisch engagierte Essayisten den politischen Dialog führten. Denn der so abgekanzelte I. Csurka, selbst Dramatiker und Politiker, Chef der rechtsnationalen "Gerechtigkeitspartei" (MIEP), die bei den Wahlen im Mai 1994 nur 1,6% der Stimmen erhielt, pflegte in seinem Blatt ("Magyar Forum") die Argumente von I. Eörsi ad hominem mit der gleichen Münze und auf gleichem Niveau heimzuzahlen. Er verwies häufig mit analog giftiger Schärfe auf die Lukács-Schüler, darunter auf I. Eörsi, und auf Söhne von "blindwütigen Kommunisten" in der Führung der Freidemokraten und der Sozialisten. Er unterstellte ihnen, daß sie nur aus niedrigen Beweggründen und nur selektiv für die "moralische Vergangenheitsbewältigung" eintreten würden.

I. Csurka war, wozu er sich öffentlich bekannte, tatsächlich IM gewesen. Nach seiner Darstellung sei er dazu gezwungen worden, als er nach 1956 im Gefängnis saß. Allerdings habe er in dieser Eigenschaft niemandem geschadet.

Die Gesetze über Durchleuchtung und Strafverfolgung von Verbrechen während des Kommunismus traten - wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit im Parlament und wegen der Beden-

---

<sup>10</sup> I. Eörsi, in: Die Zeit, 3.3.1995.

<sup>11</sup> Ebenda.

ken und Bremsmanöver der Sozialisten und Freidemokraten - erst 1994 in Kraft. Kaum nahm die Durchleuchtungsinstanz, ein Richterkollegium, seine Arbeit auf, beging der Vorsitzende des Kollegiums den Fehler zu signalisieren, daß seine Behörde fündig geworden sei. Unter den ersten 40 überprüften Abgeordneten des 1994 gewählten Parlaments befindet sich eine Person, die man der Kollaboration mit bzw. Mitgliedschaft in den alten Sicherheitsorganen verdächtigen könne. In den sozialistischen und liberalen Medien erhob sich ein Schrei der Empörung wegen der Verletzung des Prinzips der Unschuldsvermutung, obwohl der Richter keinen Namen nannte. Da der Kreis derer, die durchleuchtet werden sollten, sich auch auf Spitzenstellen in den Redaktionen erstreckte, machten die sozialistischen und liberalen Medien, d.h. die Mehrzahl, von Anfang an Stimmung gegen das Durchleuchtungsgesetz. In Ungarn spricht man offen davon, daß ein Teil der Journalisten, insbesondere die Auslandskorrespondenten, bis 1989 quasi ex officio mehr oder weniger intensiv mit den Geheimdiensten zusammengearbeitet haben.

Nach der Bekanntmachung der bei der Durchleuchtung aufgetauchten Verdachtsmomente gegen einen Abgeordneten des Parlaments setzte die neue Koalition die Amtsenthebung des Vorsitzenden des Richterkollegiums und die Neubesetzung bzw. Neureglementierung des Richterkollegiums durch. Das Ergebnis war, daß der - von bestimmten Behörden von Anfang an boykottierte - Prozeß der Durchleuchtung auch fünf Jahre nach dem Systemwechsel erfolgreich blockiert wurde. Während in anderen postsozialistischen Staaten viel früher viel radikalere Maßnahmen zur juristisch-administrativen Vergangenheitsbewältigung getroffen worden sind, erschien die als "blindwütig antikommunistisch" bezeichnete erste Koalitionsregierung geradezu ohnmächtig. Sie achtete jedenfalls peinlich genau auf die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie, obwohl es u.a. wegen dieser Angelegenheit zur Spaltung des "Demokratischen Forums" kam und der Bestand der Koalition gefährdet wurde.

Das "Gesetz über Gerechtigkeit" ermöglichte die Strafverfolgung der Verbrechen während des Kommunismus, vor allem während und nach der Revolution von 1956. Damals wurden in vielen Fällen unschuldige Demonstranten massakriert. Verbrechen in der Rákosi-Ära sind strafrechtlich und praktisch nicht verfolgbar, weil sie nach Meinung des Verfassungsgerichts entweder verjährt sind oder nicht den Kriterien eines Verbrechens gegen die Menschheit entsprechen.

Bis Anfang 1995 sind im Zusammenhang mit 1956 nur drei Strafverfahren eingeleitet worden. Zwei davon, darunter der Fall von Mosonmagyaróvár, wo rund 100 Demonstranten massakriert wurden, sind eingestellt worden. Nur im Fall Salgótarján erhielten - in erster Instanz - zwei von zwölf Angeklagten geringfügige Gefängnisstrafen wegen Schießens auf unbewaffnete Demonstranten.<sup>12</sup> Der den Freidemokraten nahestehende Staatspräsident A. Göncz äußerte öffentlich sein Bedauern und seine Bedenken wegen des Urteils.<sup>13</sup> Auch andere Vertreter der Freidemokraten brachten ihr Bedauern zum Ausdruck und verwiesen auf das hohe Alter der Verurteilten.<sup>14</sup> In Salgótarján - einer Hochburg der "sozialistischen Schwerindustrie" in Nordostungarn - starben 1956 rund 100 Menschen im Kugelhagel der Arbeitermiliz und der Sicherheitsorgane.

## ***2.2 Die Intelligenz und die Antall-Boross-Regierung***

Die erste demokratisch gewählte Koalitionsregierung bestand aus den Parteien des Demokratischen Forums (DF), der Christdemokraten (ChDVP) und der Kleinlandwirte (UKuBP), die 1990 zusammen eine 59,3prozentige Mehrheit, also keine Zweidrittelmehrheit, im Parlament hatten. Ministerpräsident J. Antall, der Ende 1993 verstarb, hielt es für die zentrale Aufgabe der

<sup>12</sup> Heti Vilfgazdaság, 12.2.1995, S. 76.

<sup>13</sup> Uj Magyarország, 6.3.1995.

<sup>14</sup> I. Nehéz-Posony, in: Népszabadság, 2.2.1995.

Regierung, die institutionellen und juristischen Grundlagen eines marktwirtschaftlich und sozial orientierten Rechtsstaates zu schaffen.<sup>15</sup> Die Bezeichnung seiner Regierungsmannschaft als "Kamikaze-Regierung" verweist darauf, daß Ministerpräsident Antall wußte, welch schwieriges Unternehmen er angesichts der geerbten wirtschaftlichen Konkursmasse und einer desorientierten Gesellschaft bzw. einer von den Umwälzungen irritierten Bewußtseinslage startete. Die Mehrheit der meinungsbildenden Intelligenz begegnete bereits vor den Wahlen den christlich-konservativen Parteien mit Mißtrauen und Ablehnung, ihre Sympathie galt eindeutig den liberalen und sozialistischen Oppositionsparteien.

I. Eörsi beschrieb in seinem schon zitierten Artikel das Vorhaben der Antall-Regierung wie folgt: "Nach der Wende von 1989 hatte in Ungarn eine mit Kompromissen belastete, von schlechtem Gewissen geplagte politische Elite begonnen, die institutionellen Strukturen der Demokratie auszubauen."<sup>16</sup> Warum die christlich-national und konservativ orientierte Koalition ein schlechtes Gewissen gehabt haben sollte und welche Kompromisse sie belasteten, verriet I. Eörsi - vielleicht wegen des Gebots der Kürze - nicht einmal andeutungsweise. Wenn er unter dem Begriff "politische Elite" alle im Parlament vertretenen Parteien verstanden haben sollte, dann hätte er wohl diejenigen, die von Kompromissen belastet und von schlechtem Gewissen geplagt hätten sein sollen, eher in den Reihen der damaligen Oppositionsparteien - vorab der Nachfolgepartei der USAP - vermuten müssen. Aus dem Kontext geht aber hervor, daß er in erster Linie die Koalitionsparteien beschuldigte. Diese Abqualifizierung fünf Jahre nach der ersten demokratischen Regierungsbildung läßt erahnen, welche Emotionen und was für eine unversöhnlich kritische Einstellung der Wahlausgang von 1990 bei der Opposition auslöste.

Die Bewertung der Leistung der Antall-Boross-Regierung war und ist gekennzeichnet durch die angedeutete Emotionalität, Überpolitisierung und Überideologisierung. Dementsprechend fielen die Urteile extrem positiv oder extrem negativ aus. Die Intellektuellen vermochten ihre politisch-weltanschaulichen Präferenzen in viel geringerem Ausmaß mit bestimmten Konventionen der "political correctness" und - scheinbaren - Objektivität zu kaschieren, als es im Westen üblich ist. Entsprechend der Überrepräsentation der Sympathisanten der früheren Oppositionsparteien innerhalb der meinungsbildenden Intelligenz überwog bei der Beurteilung der Leistungsbilanz der Antall-Boross-Regierung eine extrem negative Sichtweise.

Merkwürdigerweise fand die westliche, posttotalitär orientierte Schule der Osteuropaforschung - im Unterschied etwa zu Rußland - eine weitgehende Akzeptanz in Ungarn. Und zwar nicht nur bei den Sozialisten, sondern auch bei den Freidemokraten, die sich im Moment des Systemwechsels noch als unversöhnliche Gegner des Kommunismus, sogar des Reformkommunismus in der Wählergunst profilierten.

Es ist verständlich, daß die Sozialisten die Überbewertung des Reformpotentials und der Leistungen des Realsozialismus sowie die Weginterpretierung der Verbrechen der Vergangenheit zwecks Selbstrechtfertigung begrüßten und zu eigen machten. Sie sind doch eine Nachfolgepartei der USAP und waren - nachdem sie sich von der Wahlniederlage von 1990 erholt hatten - bestrebt, den Systemwechsel quasi als Werk und Verdienst der Reformkommunisten hinzustellen. Aber der Umstand, daß sie dies mit Hilfe der Freidemokraten tun konnten, daß die Vordenker der Freidemokraten die "posttotalitäre" Aufwertung des Realsozialismus ohne Bedenken übernahmen, ja sogar eindeutiger und nachdrücklicher vertraten als manche Sozialisten, war überraschend.

---

<sup>15</sup> Népszabadság, 4.3.1995.

<sup>16</sup> Die Zeit, 3.3.1993.

Vor allem die letzten zeigten sich bereit, westliche - zumindest umstrittene - Modelle (z.B. der Chicago-Schule), Paradigmen, Schlagworte und "Gummibegriffe" wie "Modernisierung", die die Nachfolge des auch im Realsozialismus verbreiteten Begriffs "Fortschritt" antrat, zu übernehmen und auf Ungarn anzuwenden. Bei der Erörterung und Bewertung der Ausgangssituation 1990, der entscheidenden Frage, von welcher Zwangslage aus die Transformation oder die Modernisierung denn praktisch begonnen oder fortgesetzt werden soll, beriefen sie sich mit Vorliebe auf theoretische Modelle, die im Westen ausgearbeitet worden waren. Da sie - ähnlich wie die Sozialisten - geneigt waren, die Frage unbeantwortet zu lassen, wo denn und mit welchem Erfolg diese Modelle sich bewährt hätten, wurde eine ernsthafte Diskussion über den Systemwechsel und seine Konsequenzen nicht geführt.

Vielleicht spielte bei der leichtfertigen Akzeptanz mancher westlicher Modeströmungen und Denkschulen die geistige Herkunft mehrerer Leitfiguren und Vordenker der Freidemokraten eine gewisse Rolle. Sie waren Lukács-Schüler oder in ihrer Jugend vom Marxismus, bzw. Neomarxismus ("Budapester Schule") geprägt worden, wohl nachhaltiger, als sie es später zugaben. Die "posttotalitäre" Konzeption bzw. Sichtweise der Vorgänge in Osteuropa war zum Teil auch vom Neomarxismus inspiriert oder geprägt, jedenfalls hatte sie einen analog konstruktivistischen, politologisch-soziologischen Ansatz wie der Marxismus. Einige Grundelemente dieser Konstruktion könnte man vielleicht durch die folgenden Thesen - vereinfachend und stichwortartig - andeuten: Die gesellschaftliche Entwicklung - auch die der realsozialistischen Gesellschaft - verlaufe wenn auch nicht linear, so doch nach erkennbaren und berechenbaren Regeln; Primat der "Basisstrukturen" wie Wirtschaft und Gesellschaft vor dem "politischen Aufbau"; Industriestaaten und -gesellschaften seien unabhängig von ihrer politisch-ideologischen Selbstdefinition den gleichen Regeln und Zwängen der Rationalität unterworfen. Daher seien sie miteinander auch auf der Makroebene vergleichbar (z.B. die sowjetische Bürokratie mit einem westlichen Großkonzern)<sup>17</sup>. Sie würden sich zwangsweise angleichen (Konvergenz). Die Sowjetunion und die realsozialistische Staatengemeinschaft würden, gefördert durch westliche Annäherung und Kooperation, nicht - wie von Marx 1881 vorgesehen<sup>18</sup> - Initiatoren der proletarischen Weltrevolution, sondern Mitglieder der sich permanent wandelnden, reformierenden, demokratisierenden usw. Industriegesellschaft. Die Konzeption des Totalitarismus und Spättotalitarismus beruhe - bezogen auf den Realsozialismus - auf Werturteilen, die die Regeln und Zwänge der Entwicklung einer Industriegesellschaft ignoriert, daher falsch eingeschätzt haben.

Zwei prominente Vordenker der Freidemokraten, Gy. Konrád und I. Szelényi, haben Ende der 70er Jahre in einem Buch, das auch im Westen viel Beachtung fand, mehr oder weniger dem angedeuteten neomarxistischen oder konstruktivistischem Denkmodell folgend, beschrieben, wie und warum die Intelligenz einmal in einem sozialistischen Staat die neue führende Klasse werden könnte.<sup>19</sup> Die Auffassung, daß die Intelligenz sich als Klasse definieren ließe, haben sie inzwischen revidiert. Jedenfalls hielten sie es damals für möglich, daß durch einen unaufhaltsamen Rationalisierungsprozeß - "rationale Redistribution" von Ressourcen und Kadern - im Rahmen des Systems, quasi nach einem "Marsch durch die sozialistischen Institutionen", eine neue führende Klasse der Intelligenz entstehen könnte, die die Reformen und Demokratisierung des Systems garantieren würde.

---

<sup>17</sup> A.G. Meyer, *The Soviet Political System*, New York 1965, S. 112.

<sup>18</sup> K. Marx, F. Engels, Vorrede zur zweiten russischen Ausgabe des "Kommunistischen Manifest", in: MEW, Berlin/Ost, 1962, Bd. 19, S. 296.

<sup>19</sup> Gy. Konrád/I. Szelényi, *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht*, Frankfurt a.M. 1978.

Die Schwäche dieses Ansatzes besteht nicht nur in der Annahme, daß die Intelligenz sich als eine Klasse definieren läßt. Sie besteht vor allem in der Illusion, daß im Rahmen des realsozialistischen Systems ein radikaler, planmäßiger und unaufhaltsamer Wandel vorstellbar ist. Zwar war die Anwendung des marxistischen Klassenbegriffs auf die realsozialistische politische Elite - sei es in Form einer "neuen Klasse" (M. Djilas) oder der "Nomenklatur-Klasse" (M. Voslenskij) - hilfreich zum Verständnis der realsozialistischen gesellschaftlichen Schichtung, gleichzeitig aber auch zum Teil irreführend. Denn diese Elite ähnelte viel mehr einer "politischen Mafia", einem Mandarinat oder einem Beamtenadel als einer klar definierbaren Klasse. Man kann bezüglich dieser Elite allenfalls in der Spätphase des Realsozialismus von einem "korporativen Stand mit Klassenzügen"<sup>20</sup> sprechen, ab der Zeit, als infolge der Spaltung und Diversifizierung der Elite ("zweite Politik") die verschiedenen Korporationen entstanden, die außer ihren eigenen mitunter auch die Interessen bestimmter Schichten mit vertraten und förderten. Diese informellen Stände und Interessenverbände sind mit dem Realsozialismus nicht untergegangen. Das ist wohl nicht nur in Ungarn eines der Wesensmerkmale und Grundprobleme der politisch-sozialen Transformation.

Vordenker der Freidemokraten sprachen ohne Bedenken von den "Modernisierungsleistungen" des Realsozialismus. Zusammen mit den Sozialisten vertraten sie die Auffassung, daß der Realsozialismus ein Modernisierungsmodell bzw. -versuch gewesen sei. Nur wenige gaben zu, daß dieser Versuch teilweise oder völlig gescheitert sei. In der ersten demokratischen Legislaturperiode haben die Sympathisanten der beiden Parteien jede abgewogene Bestandsaufnahme und jeden ernsthaften Dialog über Größenordnung, Beschaffenheit und Konsequenzen der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Konkursmasse des Realsozialismus blockiert. Berief sich die Regierungskoalition bei Problemen und Schwierigkeiten auf diese, wurde sie entweder des "blindwütigen Antikommunismus" oder der Inkompetenz bezichtigt.

In diesem Kreis der Intelligenz wurden die Leistungen der Antall-Boross-Regierung - manchmal in Gemeinschaft mit westlichen "Liebhabern des Gulasch-Kommunismus" - extrem negativ und feindselig bewertet. In ihrer Darstellung sei die Antall-Boross-Legislaturperiode nichts anderes als ein "Paradoxon", eine Kette von Mißerfolgen der Amateurpolitiker, sozusagen ein "accident de route" auf dem Weg des Wandels und der Transformation gewesen. Weil die Koalitionsregierung die Erwartungen der Gesellschaft nicht erfüllt habe, habe sie die Rückkehr der Sozialisten an die Macht vorbereitet, also die meisten gegenwärtigen Schwierigkeiten zu verantworten.<sup>21</sup> Welche Koalitionsregierung hätte die Erwartungen der Gesellschaft erfüllen können?

In diesem Geist wurden am Ende der ersten demokratischen Legislaturperiode die meisten Bilanzen gezogen.<sup>22</sup> Die Ausgangslage und die dadurch bedingte Zwangssituation der ersten Koalitionsregierung wurde in diesen Analysen ignoriert, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Konkursmasse, die bewältigt werden mußte, vernachlässigt oder minimalisiert. Diese Sichtweise charakterisierte auch die meisten wirtschaftspolitischen Leistungsbilanzen. Manche Autoren - im Wahlkampf auch der spätere Ministerpräsident Gy. Horn - behaupteten sogar, daß die erste Koalition 1990 eine gesündere Wirtschaft geerbt als hinterlassen habe. Jedenfalls hätte sie nur die von den Reformkommunisten begonnene Wirtschaftspolitik fortsetzen bzw. die noch im Sozialismus erarbeiteten Reform- und Sanierungspläne verwirklichen sollen.<sup>23</sup> Andere gaben zwar zu, daß 1989-1990 Ungarn vor dem wirtschaftlichen Bankrott stand, aber im gleichen Atemzug behaupteten sie, daß die Antall-Regierung - im Gegensatz zur letzten sozialistischen

---

<sup>20</sup> E. Szalai, A hatalom metamorfózisa?, in: Valóság, Nr. 6, 1991, S. 5.

<sup>21</sup> A. Bozóki, B. Lomax, Die Rache der Geschichte..., in: Berliner Debatte - Initial, Nr. 5, 1994, S. 47 ff.

<sup>22</sup> Cs. Gombár (Red.), A Kormány a mérlegen, 1990-1994. Budapest 1994.

<sup>23</sup> Z. Farkas, Az Antall-Kormány politikája a gazdasággal, in: Cs. Gombár (Red.), a.a.O., S. 158 ff.

Regierung - kein konsistentes Sanierungsprogramm hatte.<sup>24</sup> Man habe mehrere Varianten von solchen ausgearbeitet, aber die Antall-Regierung hätte sie nicht berücksichtigt.

Man darf nicht vergessen, daß die Antall-Regierung ihr Amt zu einer Zeit antrat, als die Sowjetunion, der Warschauer Pakt und der RGW bestanden. Die letzte sozialistische Regierung rückte mit genauen Angaben bezüglich der ungeheuren Auslandsverschuldung des Landes erst um die Jahreswende 1988-1989 heraus. Das Zustandekommen der Verschuldung bezeichnete der für die Wirtschaft verantwortliche frühere ZK-Sekretär und Stellvertretende Ministerpräsident, F. Havas, noch 1989 als "ein Rätsel". Mit welchen Mafiosi-Methoden die Auslandsschulden zwischen Mitte und Ende der 80er Jahren auf über 20 Mrd. Dollar angehäuft wurden, verrät der Umstand, daß selbst Ministerpräsident K. Grósz Ende 1987 Mühe hatte, die tatsächliche Größenordnung der Schulden zu eruieren.<sup>25</sup>

Selbst ein wirtschaftspolitischer Laie kann eine ganze Reihe von Problemen und Fragen aufzählen, die von den voreingenommenen Kritikern unberücksichtigt gelassen wurden und die 1989-1990 kein Sanierungsprogramm vorausgesehen und beantwortet hat bzw. voraussehen und beantworten konnte. Um nur einige zu nennen: Was wird mit der Sowjetunion, der WPO und dem RGW? Welche Konsequenzen wird der Zusammenbruch des RGW und der Verlust von etwa 30-40% der Absatzmärkte nach sich ziehen? Was passiert, wenn die ausländischen Geldgeber ihre Gelder aus dem Land abziehen? Wo liegt die Toleranzgrenze der Bevölkerung angesichts der unvermeidlichen Sanierungsmaßnahmen? Es gab nur wenige Wirtschaftswissenschaftler, die sich mit der Erblast der Vergangenheit und mit den Schwachpunkten der in Gelehrtenstuben erarbeiteten, konstruktivistischen Modelle und Therapieempfehlungen - darunter der Schocktherapie - kritisch auseinandersetzten. So etwa L. Csaba, einer der besten Kenner der RGW-Mangelwirtschaft, der bestrebt war, seine Kritik der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Antall-Boross-Regierung abgewogen und fundiert zu formulieren.<sup>26</sup>

### **2.3 Der Medienkrieg**

In den einflußreichsten Medien begleitete eine oft rücksichtslos kritische, feindselige Emotionalität die Tätigkeit der Antall-Boross-Regierung. Um den "Medienkrieg" zu verstehen, der eher ein Krieg gegen die erste Koalitionsregierung war, muß man sich einige Gegebenheiten im ungarischen Pressewesen vor Augen halten. Man muß vor allem bedenken, daß die Sympathisanten der liberalen und sozialistischen Parteien ihre Quasimonopolstellungen in den Medien bereits vor dem Systemwechsel, spätestens während der sog. "spontanen" Privatisierung (1988-1990), d.h. vor dem Regierungsantritt der christlich-konservativen Koalition, ausgebaut haben. Um das geltende Mediengesetz, das noch aus der Zeit stammt, als die KP (USAP) das Land und seine Medien unbehelligt kontrollierte, zu ändern, hätte die erste demokratische Koalition über eine Zweidrittelmehrheit verfügen müssen, was nicht der Fall war. Die Freidemokraten und die Sozialisten verweigerten ihre Zustimmung zu einem neuen Mediengesetz. Damit konservierten sie den für sie günstigen Status quo. Im Unterschied zu allen anderen postsozialistischen Staaten wurden in Ungarn die im alten Regime verwurzelten oder "spontan" entstandenen Medienimperien nicht "abgewickelt" und umgekrempelt.

Was die "spontane" Privatisierung der Presse und des Partei- und Staatsvermögens zwischen 1988-1990 in der Praxis bedeutete, wird die künftige Geschichtsschreibung zu erhellen haben. Es

<sup>24</sup> M.Z. Petschnig, *Öröksegtöl örökségig*, Budapest 1994, S. 31 ff.

<sup>25</sup> F. Havas, Interview, in: *Heti Vilfggazdaság*, 9.9.1989, S. 78; S. Berecz, Interview, in: *Uj Magyarorszag*, 4.11.1994.

<sup>26</sup> L. Csaba, *Az összeomlfs forgatókönyvei*, Budapest, 1994.

wanderten Milliardenvermögen in private Taschen. In dieser Zeit der "spontanen" Privatisierung ging die größte ungarische Tageszeitung für nur etwa 18 Mio. DM. in den Mehrheitsbesitz eines der größten westdeutschen Verlage über. Die Bedingung der blitzschnellen Transaktion um die Jahreswende 1989-1990 war, daß die Redaktion die Garantie der Unantastbarkeit, ja sogar ein ansehnliches Paket an Aktien erhielt.<sup>27</sup> Es ging um die "ungarische Prawda", die "Népszabadság", das frühere Zentralorgan der USAP. Ein Presseimperium der KP gelangte damit in kapitalistischen Mehrheitsbesitz, wobei die Redaktion, die noch vor kurzem - im Range einer Abteilung der KP-Zentrale - ihre wöchentlichen Richtlinien im ZK-Sekretariat einholte bzw. erhielt, nun als Mitbesitzerin, unangetastet und existentiell abgesichert, der Sache der Demokratie dienen sollte. Mit der Assistenz anderer westlicher und westdeutscher Verlage verlief auch die analog "spontane" Privatisierung der regionalen Zeitungen der USAP. Ob solche zweifelhaften Ost-West-Transaktionen der Entwicklung eines freiheitlich-demokratischen Pressewesens in Ungarn dienlich waren, erscheint fraglich.

Als die Koalitionsparteien aufwachten, war der Medienmarkt bereits eindeutig zugunsten der Sympathisanten der Freidemokraten bzw. der Sozialisten verteilt. Erst gegen Ende der Legislaturperiode versuchten die Koalitionsparteien ihrerseits mit zweifelhaften Methoden einige Positionen in den elektronischen Medien auszubauen, was Proteste im In- und Ausland zur Folge hatte. Man sprach von der Strangulierung der Pressefreiheit. Sie bedeutete aber in der Praxis nichts anderes, als daß der bereits verteilte Medienmarkt bzw. die etablierten Monopolstellungen in den Medien von christlich-national oder konservativ orientierten Konkurrenten "freigehalten" wurden.

Die Medienintelligenz war in Ungarn politisch überengagiert, und angesichts der angedeuteten Kräfteverhältnisse in den Medien sowie der Verwirrung der Bevölkerung hat die "vierte Gewalt" wesentlich zum raschen Popularitätsverlust der Regierung beigetragen. Die Koalition wurde ständig mit - meist unberechtigten oder übertriebenen - Vorwürfen, wie Inkompetenz, soziale Rücksichtslosigkeit, feudale, nationalistische, antisemitische, klerikal-faschistoide Attitüden usw., bombardiert. Vertreter der Koalitionsparteien reagierten häufig überreizt, allerdings auch dann, wenn die Kritik berechtigt war. Nicht nur die Medien, sondern auch der gesamte politische Dialog war von einer Art "Überideologisierung" und "Überpolitisierung" sowie von einer extremen Emotionalisierung gekennzeichnet. Taktische Fragen über Ziele, Probleme und Themen, wie etwa Rechtsstaatlichkeit, Westorientierung in der Außenpolitik, soziale Marktwirtschaft usw., über die im Grunde genommen Einvernehmen herrschte, wurden zu politischen Antagonismen hochstilisiert und zu strategischen Differenzen aufgebauscht.<sup>28</sup> Dieses Phänomen kann man wohl zum Teil auf den Umstand zurückführen, daß nach dem Systemwechsel auffallend viele Geisteswissenschaftler, Theoretiker, ja sogar Literaten in die Führungsgremien der Parteien gelangten. Ihre Wertorientierung und ihr Mangel an Erfahrung im Bereich des politisch Machbaren trugen sicherlich zu Kompromißlosigkeit und Unversöhnlichkeit bei.

Das Phänomen des Überengagements der Kulturschaffenden und Medien in der Politik ist in Ungarn und Osteuropa nicht neu. Mangels einer bürgerlichen Gesellschaft übernahmen sie häufig bereits in der vorsozialistischen Periode eine besondere politisch-soziale Mobilisierungsfunktion. Die Bedeutung des russischen Begriffs "Intelligenzija" beinhaltet - im Unterschied zum westeuropäischen Begriff "Intelligenz" - genau das oben angedeutete politisch-soziale Überengagement der Kulturschaffenden, das im Westen nicht, jedenfalls nicht in dem Ausmaße üblich war wie in Osteuropa. Während des Realsozialismus wurden die Medien und die Intelligenz in dem Sinne "überpolitisert" und "überideologisiert", als sie - entsprechend der Ratio des Systems -

<sup>27</sup> G. Juhász, A montreáli expressz, in: *Heti világgazdaság*, 4.3.1995, S. 76.

<sup>28</sup> I. Schlett, A politika mylvezetének alakulása..., in: *Valóság*, Nr. 8, 1994, S. 28 ff.

im Dienste einer Politik (der Partei) und einer diese rechtfertigenden Ideologie gleichgeschaltet bzw. beim Widerstand ausgeschaltet worden sind.

Eine ausgesprochen politische Rolle beim Zerfallsprozeß des Realsozialismus spielten viele Kulturschaffende und manche Medien. In der Sowjetunion zersetzten sie im Rahmen der "Glasnost", in Ungarn während der Reformperiode, als die drei berühmt-berüchtigten Leitprinzipien der halbliberalen Kulturpolitik "Verbot, Duldung und Unterstützung" zunehmend im Sinne der Duldung angewandt wurden, die ideologischen Verbindungselemente des Systems in einem Ausmaße, daß die Machtsäulen zu einem bestimmten Zeitpunkt wie eine Kartenburg zusammenbrachen.

So verständlich, ja sogar positiv das politische Engagement der Intellektuellen *in* halbfeudalen bzw. vordemokratischen Gesellschaften und *gegen* spätotalitäre Strukturen und Ideologien zu beurteilen ist, so verhängnisvoll kann das "überpolitisierte" und "überideologisierte" Engagement von Kulturschaffenden und Medien für die Entstehung einer "civil society" und einer politischen Kultur in einer angehenden demokratischen Gesellschaft sein. Unter den Bedingungen eines demokratischen Rechtsstaates sind Lyriker, Dramatiker, Essayisten, aber auch Theoretiker in der Regel fehl am Platz, wenn sie operative Politik betreiben wollen. Das Überengagement der Medien in der Tagespolitik beruht auf einem verhängnisvollen Mißverständnis der Rolle und Funktion der Medien in einer Demokratie und führt zum Mißbrauch der Pressefreiheit.

Das verfehlte und tragisch-schuldhaftes Rollenverständnis vieler ungarischer Kulturschaffender und Medien bestand gerade darin, daß sie an ihrer "Hauptrolle" auch nach dem Systemwechsel festhielten, sich dazu berufen fühlten, die Politik nicht nur kritisch deutend und beratend zu begleiten, sondern sie machen zu können, ja sie machen zu müssen. Dort, wo ein zweckrationaler, abwägender Dialog, fachkundige Beratung und Kompromisse zwischen den neuen politischen Akteuren vonnöten gewesen wären, inspirierten und entfachten sie häufig einen unversöhnlichen Streit, unterstellten dem politischen Gegner böse Absichten. Sie gestalteten bzw. vermittelten den politischen Dialog mitunter nach den Regeln der "bolschewistischen Unversöhnlichkeit" oder eines tragisch-dramatischen Theaterstücks, was häufig grotesk oder komisch endete. So etwa der Vorfall eines angeblich antisemitischen Zwischenrufs im Parlament 1991, der, wie sich nach monatelanger, dramatischer Pressekampagne und akustischer Untersuchung herausstellte, ganz anders lautete, als er gehört worden ist. Der von manchen Vertretern der kulturellen und Medienintelligenz zu verantwortende Medienkrieg, die Dramatisierung und Emotionalisierung des politischen Dialogs führten dazu, daß die sowieso desorientierte Gesellschaft den demokratischen Institutionen und Regelmechanismen zunehmend irritiert und ohne Orientierungshilfe gegenüberstand.

Die Verirrung der kulturellen und Medienintelligenz in die Tagespolitik, ihr tragisch-schuldhaftes und verfehltes Rollenverständnis nach dem Systemwechsel geißelte selbstkritisch und leidenschaftlich der Lyriker und Essayist S. Csoóri, der durch seine Nähe zum "Demokratischen Forum" selbst in die politische Auseinandersetzung geriet und unbegründet des Antisemitismus bezichtigt wurde. Nach ihm hat das falsche Rollenverständnis zum Gegenteil dessen geführt, was L. Németh - ein namhafter Denker und Essayist der 30er-50er Jahre - von der Rolle der Intelligenz geträumt hatte. Sie sollte ein "neuer Adel" werden. Die politisierende Intelligenz und die Medien hätten jedoch nach dem Systemwechsel, statt sich diesem Idealbild anzunähern, "blutrünstige Eifersucht", "Neid, Verdächtigungen und Hysterie" verbreitet, den Medienkrieg entfacht und die Gräben zwischen den verschiedenen Gruppierungen vertieft.<sup>29</sup>

---

<sup>29</sup> S. Csoóri, *Kreon lábnyomában...*, in: Magyar Nemzet, 27.11.1993.

Die Lektüre mancher Zeitungen und Zeitschriften erweckte tatsächlich den Eindruck, daß der von den Medien vermittelte politische Dialog in Ungarn während der ersten demokratischen Legislaturperiode eher im Sinne der Fortsetzung des leninistisch-bolschewistischen "Kampfes auf Leben und Tod" (kto kogo) als im Sinne einer neuen politischen Kultur geführt wurde. Sowohl ein Teil der Kulturschaffenden als auch die Medienintelligenz erwiesen sich durch ihre erzwungene Nähe zur Politik im Realsozialismus nachhaltiger geprägt und kompromittiert, als sie es wahrhaben wollten. Denn die tiefgründige Aussage Lord Actons: "Die Macht kompromittiert, die absolute Macht kompromittiert absolut" verliert ihre Gültigkeit - beim Übergang von einer Diktatur zur Demokratie - nicht und ohne ständige ethisch-geistige Selbstkontrolle und Bemühung schon gar nicht automatisch.

#### ***2.4 Die juristisch-institutionelle Infrastruktur***

Ministerpräsident Antall führte wohlweislich keine politische Säuberung im Regierungsapparat durch. Nur die Spitzenposten wurden unter den Koalitionsparteien verteilt, ansonsten war er darauf bedacht, die Fachleute im Regierungsapparat zu behalten. In seiner Regierungsmannschaft gab es auffallend viele Historiker und Juristen - ein Umstand, den die Oppositionsparteien und die Medien sofort als Zeichen der Inkompetenz hinstellten. Aber diese personalpolitische Konstellation erwies sich als bewußter oder unbewußter Rückgriff auf die besten Traditionen der ungarischen politischen Kultur. Sie bestehen darin, die rechtlich-institutionellen Attribute der Eigenstaatlichkeit anzustreben. Somit war diese Konstellation dem zentralen Anliegen der Koalitionsregierung förderlicher als in einer anderen Zusammensetzung, wenn etwa Wirtschaftstheoretiker den Ton angegeben hätten. Das Beispiel Rußlands und anderer postsozialistischer Staaten zeigt, daß weder Schocktherapie noch sonstige, scheinbar rationale wirtschaftspolitische Therapien greifen, wenn die rechtlich-institutionelle Infrastruktur nicht vorhanden ist.

Im Hintergrund der politisch-ideologischen Auseinandersetzungen, die die Desorientierung und Abneigung der Bevölkerung gegenüber der "Politik" - leider auch gegenüber den neuen Institutionen - nur steigerten, entfaltete die Antall-Regierung eine fieberhafte Tätigkeit zur Schaffung der neuen gesetzlich-institutionellen Infrastruktur. Das Parlament und die Regierung verabschiedeten jährlich rund 100 Gesetze und eine Unzahl an Gesetzesverordnungen und Erlassen. Das Paradoxon der "Entstaatlichung" bestand darin, daß scheinbar mehr "Staat" entstand, d.h. eine Vielzahl von völlig neuen Institutionen, deren Rolle und Funktion für die im Realsozialismus aufgewachsene Bevölkerung kaum übersichtlich und häufig irritierend erschienen. So wurden etwa die Finanzämter, Steuerbehörden, der Rechnungshof, die Treuhandanstalten, die neuen Behörden der zentralen, regionalen und lokalen Verwaltung, der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Vertretungs- und Lenkungsmechanismen usw. sowie die entsprechenden Gesetze "aus dem Boden gestampft". Die Ablehnung der Schocktherapie zugunsten einer graduellen und sozial abgefederten Gleichgewichts- und Strukturpolitik, die Einführung der kontrollierten anstelle der "spontanen" Privatisierung, die Entscheidung für begrenzte Entschädigung anstatt restloser Restitution von Privatvermögen usw. machten es notwendig, für den Wirtschaftsmechanismus nahezu völlig neue gesetzlich-institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen.<sup>30</sup> Wenn man die Umstrukturierung des Gerichtswesens, der Staatsanwaltschaft, der Polizei, der Armee, des Unterrichts, des Gesundheitswesens, der Sozialversicherung und der Gewerkschaften usw. mit in Betracht zieht, erahnt man die Größenordnung und Komplexität der Aufgaben der rechtlich-institutionellen Revolution, die in der ersten demokratischen Legislaturperiode bewältigt worden sind.

<sup>30</sup> G. Obláth, Macroeconomic Developments between 1990 and 1994, in: Hungarian Quarterly, Nr. 134, 1994, S. 15-22.

Kritiker der konservativen Koalitionsregierung erhoben und erheben bis in die Gegenwart den Vorwurf, daß die Antall-Boross-Regierung das "heiße Eisen" der Reform des Staatshaushalts, d.h. die Reduktion der Verteilerfunktionen und Sozialleistungen des Staates und damit der Staatsbürokratie, nicht angepackt habe. Als die Koalitionsregierung jedoch gleichzeitig mit den Liberalisierungs-, Privatisierungs- und Sanierungsmaßnahmen die ersten Schritte in diese Richtung unternahm, erhoben alle Oppositionsparteien - insbesondere die Sozialisten - auch den Vorwurf, daß die Regierung eine "hochmütige" soziale Unempfindlichkeit an den Tag gelegt habe.<sup>31</sup>

Die Freidemokraten vermuteten hinter einem jeden neuen Gesetz und hinter einer jeden neuen Institution - etwa beim Gesetz über die Gemeindeselbstverwaltung und Errichtung der Institution der "Republikbeauftragten" zur Aufsicht über die Gesetzeskonformität der Entscheidungen der regionalen und lokalen Verwaltungen - Tendenzen und Intentionen zur Rezentralisierung. Ihre Wirtschaftstheoretiker forderten eine "schnelle Privatisierung" mit "möglichst wenig Staat". Die Sozialisten wollten, daß möglichst viel von "ihrem alten Staat" und den alten Positionen erhalten bleibt. Sie stellten die Neustrukturierung, d.h. Entstaatlichung des Versicherungswesens, der Selbstverwaltungen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen und im Bereich der Kulturförderung, als Abbau der sozialen und kulturellen "Errungenschaften" der Vergangenheit dar.

Hinter dem Engagement gegen "soziale Unempfindlichkeit" oder für "wirtschaftliche Rationalität" zeichneten sich zunehmend die Konturen der Interessen derjenigen sozialen Schichten ab, welche die beiden Parteien für sich gewinnen wollten. Abgesehen von den Arbeitnehmern waren es wohl die Interessen der "Nomenklaturbourgeoisie" und des intellektuellen Establishments. Bei einer von den Konservativen kontrollierten Privatisierung und bei einer radikalen Neustrukturierung der öffentlichen Verwaltung bangten beide Schichten um ihre im alten System - spätestens während der "spontanen" Privatisierung (1988-1990) - ausgebauten Positionen. Sowohl eine "schnelle" Privatisierung und eine monetaristisch orientierte Schocktherapie zur Sanierung der Wirtschaft als auch das Festhalten an nicht finanzierbaren sozialen "Errungenschaften", staatlich-öffentlichen Institutionen und Verteilerfunktionen hätten wohl die Entstehung einer neuen Unternehmer- und Mittelschicht blockiert. Diese konnte erst nach dem Systemwechsel bzw. dem Regierungsantritt der ersten demokratischen Regierung gefördert werden, während die "Nomenklaturbourgeoisie", d.h. diejenigen, die ihren Nomenklaturposten zur blitzschnellen "ursprünglichen Kapitalakkumulation" nutzten, sowie das intellektuelle Establishment längst davor gestartet waren.

Die Vordenker und Propagandisten der beiden größten Oppositionsparteien kümmerten sich merkwürdigerweise kaum darum, was während der "spontanen" Privatisierung geschah. Sie konzentrierten sich kritisch ausschließlich auf die Regelwidrigkeiten und Widersprüche der Privatisierungs- und Sanierungsmaßnahmen während der ersten demokratischen Legislaturperiode. Das Bestreben der Koalitionsregierung, die Entstehung einer neuen Unternehmens- und Mittelschicht zu fördern, stellten die Oppositionsparteien als irrational, wirtschaftspolitisch inkonsistent und als Klientelismus der konservativen Koalition hin. In manchen Fällen war wohl die Kritik berechtigt.

Die Desavouierung der neuen Institutionen und Regelmechanismen war allerdings vielfach übertrieben, einseitig und schädlich. Nicht nur deshalb, weil dadurch die Irritation und Desorientierung der Gesellschaft vertieft wurde. Es wurde von manchen Theoretikern und "Fischern im trüben" auch übersehen bzw. verschwiegen, daß ohne die neuen juristisch-institutionellen Regelmechanismen auch in Ungarn eine dermaßen unkontrollierte und kriminelle "ursprüngliche Kapitalakkumulation" fortgesetzt bzw. erfolgt wäre, wie während der "spontanen" Privatisierung

<sup>31</sup> L. Tökécki, A szociális érzékenység, in: Magyar Nemzet, 4.11.1995.

und wie sie in manchen postsozialistischen Staaten bis in die Gegenwart vor sich geht. In der "überpolitisierten" und übertriebenen Kritik ging auch die Einsicht unter, daß ohne eine neue juristisch-institutionelle Infrastruktur die Sanierung und Reform des Staatshaushalts und der Wirtschaft überhaupt nicht in Angriff genommen werden kann, daß die Neustrukturierung der zentralen, regionalen und kommunalen Selbstverwaltungen den ersten Schritt zur Sanierung des Staatshaushalts und der Wirtschaft bedeutet.

Das Paradoxon der "Entstaatlichung" eines realsozialistischen Staats- und Gemeinwesens besteht eben darin, daß sie mit Aussicht auf Erfolg nicht "ohne den Staat" durchgeführt werden kann. Voraussetzung allerdings ist, daß die staatlich-gesellschaftlichen Institutionen und Regelmechanismen grundsätzlich neu strukturiert und gestaltet werden und - nachdem der Staat gewissermaßen vom Kopf auf die Füße gestellt worden ist - die neuen Institutionen und Regelmechanismen grundsätzlich neue Funktionen erhalten. Denn die alten Institutionen - und Eliten - eignen sich nicht dazu, die Transformation der Wirtschaft und der Gesellschaft zu fördern, ja sie blockieren diesen Prozeß.<sup>32</sup> Nach einer "friedlichen Revolution" sind dieses Paradoxon und diese Voraussetzung einer erfolgreichen Transformation nicht nur dem weitgehend verschont gebliebenen realsozialistischen Establishment, sondern auch dem im Realsozialismus irreführenden - und häufig auch nach dem Systemwechsel manipulierten - Durchschnittsbürger schwer verständlich. Dieser Aspekt der Transformation bleibt häufig auch in der westlichen Fachliteratur unberücksichtigt.

Angesichts des Umfangs der neugeschaffenen Gesetze und Instanzen, der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten in Ungarn wäre es einem Wunder gleichgekommen, wenn die neuen Regelmechanismen auf Anhieb einwandfrei funktioniert hätten. Sie funktionierten auch in der früheren DDR nicht reibungslos, obwohl dorthin - außer den Milliarden an Investitionen und Subventionen - eine "abgeschliffene und geölte" Infrastruktur "frei Haus" geliefert wurde. Auch in Ungarn mußten Gesetze häufig novelliert, neue Behörden umstrukturiert und neu reglementiert werden. Aber sie wurden geschaffen, und sie funktionierten, wenn auch nicht reibungslos. Die rechtlich-institutionellen Regelmechanismen eines marktwirtschaftlich orientierten Rechtsstaats sind in Ungarn unter den postsozialistischen Staaten vielleicht am weitesten entwickelt. Diese Leistung der Antall-Boross-Regierung wird aus der historischen Distanz positiver beurteilt werden, als es die Oppositionsparteien heute tun. Investoren aus dem Ausland honorierten diese Leistung und die politische Stabilität der ersten demokratischen Legislaturperiode bis 1994 dadurch, daß mehr als die Hälfte der Investitionen in Ostmitteleuropa in Ungarn getätigt wurden.

### **3. Gesellschaft und politische Kultur**

#### ***3.1 Realsozialistische politische Kultur***

Von einer entwickelten politischen Kultur kann man sprechen, wenn die Gesellschaft die rechtsstaatlichen Institutionen und Regelmechanismen akzeptiert, von ihnen zwecks Entfaltung der Rechte und Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten Gebrauch macht, sie mit Leben erfüllt (G. Almond).<sup>33</sup> Mit den Begriffen "politische Kultur" oder "civil society" stoßen wir in den dunkelsten und kompliziertesten Bereich der realsozialistischen Hinterlassenschaften vor. Denn Größenordnung sowie Kosten und Zeit, die zur Bewältigung der Konkursmasse auf diesem Gebiet,

<sup>32</sup> A. Nagy, Institutions and Their Resistance to Transition, in: Acta Oeconomica, Vol. 45, Nr. 3-4, S. 231 ff.

<sup>33</sup> G. Almond, S. Verba, The Civic Culture, Princeton 1963, S. 498; E. Batalov, Sovetskaja političeskaja kul'tura, in: Obščestvennye nauki i sovremennost', Nr. 6, 1994, S. 32 ff.

d.h. zur Heilung und Gesundung einer pervertierten gesellschaftlichen Bewußtseinslage erforderlich sind, kann man - im Unterschied zum Bereich der Wirtschaft - nicht einmal annähernd abschätzen.

Soziologen und politische Beobachter, die die Wesensmerkmale des Realsozialismus zum Teil aufgrund eigener Erfahrungen richtig erfaßten, haben lange vor dem Kollaps des Systems darauf aufmerksam gemacht, daß im Realsozialismus eigentlich "marktwirtschaftliche" Verhältnisse herrschten. Allerdings war der "Markt" ein von der Politik pervertierter Markt, der hinter den Fassaden der realsozialistischen Normen, Institutionen und Regelmachanismen - wie etwa die "sozialistische Moral" - nach informellen Regeln der Machthierarchie funktionierte. Eine der hervorragendsten Ausdrucksformen der "pervertierten Marktverhältnisse" war die unvorstellbare Korruption, in deren Rahmen die "Geschäfte" nach dem Prinzip "I scratch your back, you scratch my back" abgewickelt wurden. Die gesamte Gesellschaft bis in die hierarchische Spitze hinein war von der Korruption betroffen, ja von der Hierarchie hineingezogen worden.<sup>34</sup> Unter den "selbstmörderischen Dysfunktionen" des Systems gab es neben der "zweiten Politik" und "zweiten Wirtschaft" die "zweite Gesellschaft" und "zweite Kultur", die das Gegenteil des Idealtyps einer "civil society" und einer demokratischen politischen Kultur, auch das Gegenteil der sozialistischen Idealtypologie darstellten. Inwieweit die Korruption ein zwar pervertiertes, aber immerhin deutliches Signal des individuellen Strebens nach Souveränität darstellt, gab A. Besançon seinem Vorwort zu I. Semzows Buch über die Korruption in der Sowjetunion durch den Titel "Eloge à la corruption" zu verstehen.<sup>35</sup>

Die ungarische Gesellschaft legitimierte niemals die letztendlich auf Zwang und Gewalt beruhenden sozialistischen Regelmechanismen und Institutionen, sie paßte sich ihnen allenfalls an. Sie handelte instinktiv nach eigenen Regeln trotz und gegen diesen Mechanismus. Aus dieser "Kohabitation" entstanden die "zweite Gesellschaft" und "zweite Kultur", die in komplexem Zusammenspiel mit solchen "selbstmörderischen" Dysfunktionen des Realsozialismus wie "zweite Politik" und "zweite Wirtschaft" zur Implosion des Systems führten. Eine Ausdruckform der "nicht freiwilligen Akzeptanz" war die unvorstellbare Korruption.

Die angedeuteten Dysfunktionen wurden in der "posttotalitär" orientierten Osteuropaforschung weitgehend übersehen oder als überall bekannte Epiphänomene abgetan. Man unterstellte, daß das System diese durch Reformen korrigieren, sich somit eine Legitimation jenseits von Zwang und Gewalt verschaffen könne. Diese Dysfunktionen waren aber alles andere als Epiphänomene in einem spätotalitären und politbürokratischen System, dessen Verwaltung auf der absoluten Priorität der "Politik", letztendlich - selbst in der liberalsten und aufgeweichtesten Variante wie in Ungarn - auf Zwang und Gewalt beruhte. Die ungarische Gesellschaft wurde nicht nur von oben korrumpiert, sie korrumpierte selbst die Machtsäulen des Systems (Partei-, Staats- und Wirtschaftsverwaltung usw.) bis zu deren Spaltung und Zusammenbruch.

Was zurückgeblieben ist, ist eine "atomisierte", desorientierte, mit den rechtsstaatlichen Gepflogenheiten nicht vertraute Gesellschaft, die jahrzehntelang vom sozialistischen Partei-staat bevormundet, umerzogen, mit "Zuckerbrot und Peitsche" in Richtung einer "hellen Zukunft" getrieben wurde. Die "Schokoladenseite" der Bevormundung bestand in der minimalen Versorgung gegen minimale Leistungen. Der Großteil der Menschen rackerte sich in der Periode der Halbformen, als ab Mitte der 60er Jahre der Massenterror allmählich gelockert wurde, außerhalb der Arbeitszeit ab, um ihren kargen Lohn zu ergänzen. So entstand auch in Ungarn - gegen den Staat - eine "Nischengesellschaft". Sie konnte sich in der Reformperiode allenfalls elementare Attribute einer bürgerlichen Gesellschaft aneignen. Den räuberischen Parteistaat, der die Güter nur nach

<sup>34</sup> I. Semtsov, *La corruption en Union Soviétique*, Paris 1976; L. Timofeev, in: *Literaturnaja gazeta*, 1.2.1995.

<sup>35</sup> I. Semtsov, a.a.O., S. 3.

der Stellung in der Hierarchie verteilte, nach Strich und Faden zu betrügen, sich nur auf Beziehungen, niemals auf Rechte und Institutionen zu verlassen, war die Regel der Lebensführung geworden.<sup>36</sup> Als die Ausreise in den 70er und 80er Jahren liberalisiert wurde, sahen die Menschen während ihrer Westreisen, daß Demokratie, Marktwirtschaft und Wohlstand irgendwie zusammenhängen, aber wie das in der Praxis, insbesondere nach dem Zusammenbruch des Systems und der östlichen Absatzmärkte in Ungarn, funktioniert bzw. funktionieren soll, verstand die Mehrheit der Bevölkerung nicht. Wie sollen Menschen, die jahrzehntlang von "ihrem" Parteistaat nur Nettolöhne erhielten, plötzlich den Unterschied zwischen Brutto- und Nettolöhnen verstehen? Dieser Unterschied ist bekanntlich der Hinweis für die Staatsbürger, was der Staat mit ihren Leistungen und Steuern anstellt.

Was die im Realsozialismus nachdrücklich angewandte "Peitsche" anbelangt, so ist der Massenterror der 50er und 60er Jahre in der Erinnerung der älteren Generation tief eingeprägt. Im Hinblick auf die Bewußtseinslage der Bevölkerung nach dem Systemwechsel ist allerdings von Bedeutung, daß zwei Drittel der 10,2 Mio. Ungarn nach 1945 geboren sind. Dieser Umstand bedeutet, daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung den Terror der Rákosi-Ära und der Kádárschen "Konsolidierung" nach 1956 nicht bzw. nur im Kindesalter erlebte. Die heute maßgebende mittlere Generation ist nicht von der Terrorzeit geprägt, sondern von der spätotalitären Periode der "liberalen" Halbformen und des "Gulaschkommunismus". Die Väter schwiegen meistens, um Schäden abzuwenden, die jüngere Generation machte von der "Schokoladenseite" der Politik mit "Zuckerbrot und Peitsche" pragmatisch Gebrauch. Sie arrangierte sich mit dem Regime nicht aus Liebe, sondern nach dem ungarischen Spruch: "Das gibt's, das muß man essen". Um bei dem Bild zu bleiben, kann man sagen, genau das taten auch die "pragmatischen Technokraten" aus der jüngeren Generation. Ihre Vertreter, in höchste Ämter gelangt, "zerfraßen" von innen das System und höhlten es bis zur Bruchreife aus.

Mit der Antall-Regierung kam die Gesinnung der "antikommunistischen Väter" an die Macht. In den politischen Äußerungen überwogen die Erinnerungen der Väter an die Verbrechen des Kommunismus, was bei der jüngeren Generation mitunter auf Unverständnis stieß. Um so mehr, als die meisten Medien den Antikommunismus als Verschleierung der Inkompetenz hinstellten und den "Pragmatismus und Rationalismus" der Jugend gegen die "Emotionalität" der Väter ausspielten.

### ***3.2 Gesellschaftliche Modernisierungsleistungen des Realsozialismus?***

Eine ganze Reihe von Gesellschaftswissenschaftlern und Publizisten, die den Sozialisten und Freidemokraten nahestanden, bewerteten die kommunistische Vergangenheit Ungarns - insbesondere in der Kádár-Ära - als Modernisierung der Gesellschaft. "Die Auflösung der aus streng getrennten Gruppen bestehenden gesellschaftlichen Hierarchie, die Säkularisierung, den Pluralismus sowie den Anspruch darauf, daß die Staatsgewalt über eine eindeutige Legitimation verfügt, brachte in Osteuropa der Sozialismus mit sich. Ebenso die technische Entwicklung, die Orientierung auf langfristige Interessen, die rationale Gestaltung des persönlichen Lebens sowie den wissenschaftlichen Dialog." Der namhafte Philosoph, einer der Führungspersönlichkeiten der Freidemokraten, G.-M. Tamás, ließ sich 1993 in seinem Aufsatz "Sozialismus, Kapitalismus und Modernisierung" zu weiteren, noch merkwürdigeren Behauptungen hinreißen. "In Osteuropa scheiterten vor dem Sozialismus alle Modernisierungsversuche kläglich. Nur der revolutionäre Sozialismus kam bei der Lösung dieser gigantischen Aufgaben voran."<sup>37</sup>

<sup>36</sup> J. Debreczeni, in: Magyar Nemzet, 15.3.1995.

<sup>37</sup> Zitiert nach A. Horváth, Kétféle modernizáció, in: Uj Magyarország, 24.8.1993.

Anschließend zählte G.-M. Tamás einen überwältigend langen Katalog von Leistungen auf, die er wohl für die "gigantischen" Modernisierungsleistungen des Realsozialismus in Osteuropa, speziell in Ungarn, hält: Industrialisierung, Wirtschaftswachstum, Elektrifizierung, Massenverkehr, Kodifizierung der administrativen Entscheidungen, Reglementation der administrativen Entscheidungen und der Strafprozeßordnung, Pflichtunterricht, Beseitigung des Analphabetismus, Verbreitung der natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Kenntnisse, der gedruckten und elektronischen Medien, organisierter Sport, modernes Gesundheitswesen, Hygiene, Trennung der Arbeitsplätze vom Wohnort, Einführung der Verhütungsmittel, Legalisierung des Abortus... Nach G.-M. Tamás ist die Revolution von 1989 - man fragt sich nur, was für eine Revolution? - inzwischen "wieder zur Auflehnung gegen die Modernisierung entartet".<sup>38</sup> Für die unterbrochene Kontinuität der "gigantischen Modernisierungsleistungen" in Ungarn war aus der Sicht von G.-M. Tamás eindeutig die erste demokratische Koalitionsregierung verantwortlich.

Auch der namhafte Philosoph M. Vajda meinte, daß während des Kommunismus die ungarische Gesellschaft nicht nur zu ihrem Nachteil verändert worden sei. Umgekehrt, es sei die Stände- und Klassengesellschaft aufgehoben worden, "wie es auch die westliche Demokratien vollzogen haben".<sup>39</sup> Nun so gewiß nicht. Die Millionen Opfer des kommunistischen Systems sahen wohl diese "Modernisierungsleistung" anders. "Ungarn ist in der kommunistischen Ära im Grunde genommen zu einer homogenen bürgerlichen Gesellschaft geworden." Der namhafte Lukács-Schüler sah wohl ein, daß er mit dieser Aussage etwas zu weit gegangen war. Er schränkte sie ein und konzedierte, daß dieser Bürger nur ein "halber Bürger" sei, da ihm die Hälfte, die den "citoyen" ausmache, fehle. Nach solchen gewagten Aussagen wird man direkt neugierig, wie denn der Philosoph die "bürgerliche Hälfte" der im Realsozialismus entstandenen "homogenen" Gesellschaft charakterisieren würde.

Unter den westlichen Beobachtern Ungarns gab es viele, die die gesellschaftliche Entwicklung aus dem Blickwinkel der posttotalitären Schule betrachteten, d.h. sie positiv bewerteten. G. Schöpflin behauptete, daß selbst die Stalin-Ära - in Ungarn die Rákosi-Ära - eine Art Modernisierungsprozeß gewesen sei, wobei die Industrialisierung zur Entwicklung der Gesellschaft beigetragen habe. In den 80er Jahren sei in Ungarn gewissermaßen ein europäisches System entstanden, wenn auch nicht im politischen Sinne, so doch im Bereich der Wirtschaft. Es sei eine Beamten- und Technokraten-schicht von europäischem Niveau entstanden. Nach 1989 habe die Antall-Regierung die potentiellen Möglichkeiten der schnellen Weiterentwicklung verpaßt. Das Institutionsgefüge und die Beamtenschaft hätten sich in der ersten Legislaturperiode in den Augen der Öffentlichkeit korrumpiert.<sup>40</sup> Von London aus betrachtet war es wohl 1994 an der Zeit, daß wieder Beamte und fachkompetente Technokraten der "sozialistischen Modernisierung" die Regierungsgeschäfte übernahmen.

Ähnlich wie G. Schöpflin betrachtete P. Lendvai den Wahlsieg der Sozialisten 1994 als eine Chance einer kompetenten Garde, anstelle der "politischen Amateure, zweit- und dritrangigen Fachleute, Verwandten, Freunde, Wendehälse" der Antall-Boross-Regierung die Modernisierung des Landes und der Gesellschaft fortzusetzen, die "Konkursmasse von 40 plus vier Jahren" zu bewältigen. Er bemerkte zwar, daß die Führungsgarnitur der Sozialisten früher "hauptsächlich im zweiten und dritten Glied des alten Apparats" (der USAP) diene. Er meinte jedoch, daß die Zeichen der Transformation der Partei zu einer echten sozialistischen Partei überzeugend seien. Insbesondere die Koalition mit den Freidemokraten, die auf beiderseitige staatsmännische

---

<sup>38</sup> Ebenda.

<sup>39</sup> M. Vajda, Megemésztetlen múlt, in: *Heti Világgazdaság*, 9.1.1993, S. 84.

<sup>40</sup> G. Schöpflin, Interview, in: *Népszabadság*, 25.10.1994.

Weisheit schließen ließe, bot aus der Sicht P. Lendvais mehr Chancen für die neue politische Elite und für die enttäuschte Gesellschaft, als es beim Wahlausgang 1990 der Fall war.<sup>41</sup>

Die christlich-konservativen Gesellschaftswissenschaftler und Publizisten, auch die Politiker und diejenigen, die unter dem Terror des Kommunismus gelitten haben, registrierten nur mit Verzögerung die Zusammenhänge der in- und ausländischen, mehr oder weniger subtilen Aufwertung der Modernisierungsleistungen im Realsozialismus bzw. der Diffamierung der Leistungen der ersten demokratischen Koalition. Sie reagierten nur verspätet und häufig emotional und ohne zu wissen, daß in der westlichen Osteuropaforschung die "posttotalitäre", revisionistische Schule seit Jahrzehnten die tonangebende Richtung war.

Die Reaktion der rechtsnationalen Gruppierung von I. Csurka erschöpfte sich häufig - ohne nennenswerten Einfluß - in hysterischen Unterstellungen von "bösen" Motiven (Selbstrechtfertigung oder gar "Weltverschwörung" usw.) seitens derjenigen, die die gesellschaftlichen Modernisierungsleistungen des Realsozialismus überbewerteten. Gemäßigte und wertorientierte Konservative diskutierten zunehmend sachlicher, argumentierten immer weniger "ad hominem". Sie verwiesen auf die Verschwommenheit des Begriffs "Modernisierung", seinen Modecharakter bzw. seinen kaschierten politisch-propagandistischen Gehalt. Sie nahmen - etwa aus dem Katalog von G.-M. Tamás - die einzelnen sogenannten "Errungenschaften" des Realsozialismus unter die Lupe, untersuchten sie nach Inhalten, Werten, Methoden und sozialen Kosten, wie und um welchen Preis sie erzielt worden sind. Sie stellten überzeugend dar, daß bei näherem Hinschauen unter dem Strich nichts oder nur sehr wenig von den hochgejubelten sozialen Modernisierungsleistungen des Sozialismus übrig bleibt.<sup>42</sup>

Die "wertfreie" Betrachtung der sozialen "Errungenschaften" im Sozialismus ohne Rücksicht auf Inhalte, soziale und humane Kosten, sozio-kulturelle Folgen und Ergebnisse der angeblichen Leistungen ist an sich unlogisch, ahistorisch und absurd. Denn mit der gleichen "Logik" könnte man analoge zivilisatorische "Errungenschaften" (etwa Industrialisierung, Technologieentwicklung, Urbanisierung usw.) während des Nationalsozialismus auch zu positiven "Modernisierungsleistungen" hochstilisieren. Eine Absurdität, die - mit guten Recht - niemandem im Westen einfällt, auch denen nicht, die im Hinblick auf den Realsozialismus bereit sind, andere Maßstäbe zu setzen.

### ***3.3 Der ausgebliebene Elitenwechsel***

Weder die vorhandene noch die 1990 angetretene politische, wirtschaftliche und kulturelle Führungselite, noch die Gesellschaft befanden sich beim Systemwechsel in einem Zustand, der es erlaubte, die angebliche realsozialistische Modernisierung ohne gesellschaftliche Erschütterung fortzusetzen. Die vielbeschworene Fachkompetenz der realsozialistischen Führungselite erschöpfte sich allenfalls im Beitrag zur Implosion des politischen Systems und in der blitzschnellen Konversion der Nomenklaturposten in Besitz, Kapital ("postsozialistische ursprüngliche Kapitalakkumulation") und Führungsposten in der Wirtschaft oder im kulturellen Bereich. Nach dem Systemwechsel war diese Elite, und das galt häufig auch für diejenigen, die zum Lager der Regierungskoalition stießen, allenfalls dazu fähig, die alten Traditionen der "Agitprop-Methoden" fortzusetzen, die Irritation und Desorientierung der rüde tangierten breiten Gesellschaftsschichten zu vertiefen. Die folgenschwerste Tat bestand in der Erweckung von Illusionen, daß die Fachkompetenz der alten Elite die sozialen Kosten der Umwälzungen ersparen könnte.

<sup>41</sup> P. Lendvai, Történelmi esély - csapadással, in: Népszabadság, 2.7.1994.

<sup>42</sup> L. Tökécki, A szocialista modernizáció, in: Magyar Nemzet, 9.4.1995.

Beim politischen Systemwechsel und auch während der ersten demokratischen Legislaturperiode erfolgte kein Elitenwechsel. Allenfalls an der Spitze der politischen Elite gab es Änderungen. Die alte Machtelite behielt weitgehend ihre Führungspositionen in der Wirtschaft, in den Medien und im Kulturbereich.<sup>43</sup> Genau dieser Umstand ist der christlich-konservativen Koalition zum Verhängnis geworden, da sie die "Fachkompetenz" der alten Machtelite in Frage stellte und Anstalten machte, die Entstehung einer neuen Mittelklasse und eines Bürgertums, d.h. einer neuen Elite, zu fördern. Im Hintergrund der dem Durchschnittsbürger schwer zugänglichen Auseinandersetzungen, die in den politisch-ideologischen "Wolkenregionen" ausgetragen wurden, standen die Interessen der alten Machteliten einer potentiell neuen Elite "in statu nascendi" gegenüber. Die letzteren standen vom Anfang an auf verlorenem Posten.

Die politische Soziologie steckte beim Systemwechsel in den Kinderschuhen. Es gab ausgezeichnete Soziologen und ausgezeichnete Untersuchungen über bestimmte Teilbereiche der Soziologie, wie Demographie, Stratifikation, Mobilität, Devianzen usw., aber die Deutung der politischen Relevanz sozialer Vorgänge überließen die Machthaber nicht den Soziologen.<sup>44</sup> Vielversprechende Ansätze einer politischen Soziologie gab es in der Untergrundliteratur der Opposition der 70er und 80er Jahre. Sie kamen leider auch nach dem Systemwechsel nicht zur Entfaltung. Das "überpolitisierte und überideologisierte" Engagement vieler Soziologen und Politologen führte dazu, daß die politische Soziologie in Ungarn nicht nur in den Kinderschuhen stecken blieb, sondern auch häufig die Symptome von Kinderkrankheiten aufweist.<sup>45</sup> Die Tradition der Parteilichkeit (partijnost') ist zählebig.

Genau das kann man an Interpretationen bestimmter empirischer Forschungsergebnisse über den Wandel der ungarischen Elite seit dem Systemwechsel illustrieren. Ein vergleichendes Eliteforschungsprojekt (in Rußland, Polen und Ungarn) stellte sich zur Aufgabe, die Frage zu beantworten, was mit der Führungselite in den drei Ländern seit dem Systemwechsel geschah. Der namhafte Soziologe, I. Szelényi, faßte die provisorischen Ergebnisse der Umfrage von 1993 und 1994 zusammen. Es sei für ihn überraschend gewesen, in welchem Ausmaß in Ungarn und Polen die Nomenklaturelite ausgewechselt worden sei. Zwischen 1988 und 1993 seien in Ungarn ein Drittel, in Polen ein Viertel und in Rußland nur 10% der Nomenklaturelite pensioniert worden. In der gleichen Zeit seien in Ungarn etwa die Hälfte, in Polen 20% der Inhaber von Spitzenpositionen in der Wirtschaft in Pension geschickt worden. In Ungarn seien 50%, in Polen 60% der kulturellen Nomenklaturelite auf ihren Posten verblieben. Das Ausmaß der Ausgrenzung und Verdrängung der alten Elite aus dem Kreis der 1990 an die Macht gelangten neuen Elite führte I. Szelényi auf die Inkompetenz und Amateurhaftigkeit der neuen politischen Elite sowie auf das Bestreben der Antall-Regierung zurück, eine eigene Klientel aufzubauen. 1994 - nach der Regierungskoalition der Sozialisten und Freidemokraten - habe die Fachkompetenz wieder ihre Chancen erhalten.<sup>46</sup>

Es ist eine Binsenwahrheit, daß das Ergebnis soziologischer Untersuchungen entscheidend davon abhängt, wen man wann und wie befragt. Die Interpretation von I. Szelényi verliert viel von ihrer Aussagekraft, wenn wir erfahren, daß er und seine Kollegen unter Nomenklatur nur die Nomenklatur des ZK der KP's verstanden, sie nur das Schicksal der "Crème de la crème" der kommunistischen Elite interessierte. Als ob es eine Nomenklatur der regionalen und lokalen

<sup>43</sup> R. Andorka, Hatalom és társadalom, in: Magyar Nemzet, 6.9.1994; L. Bogf, Hatalom és uralom, in: Magyar Nemzet, 27.8.1995.

<sup>44</sup> R. Andorka, a.a.O.

<sup>45</sup> A. Becskeházi, A magyar politikatumományról, in: Törésvonalak és értékvilasztások, Budapest, 1994, S. 547 ff.

<sup>46</sup> I. Szelényi, Keleteurópai elitek, in: Figyelő, 17.3.1994; ders., Az elit nem vész el, in: Magyar Nemzet, 23.7.1994.

Parteikomitees nicht gegeben hätte. Noch merkwürdiger erscheint der Umstand, daß die Eliteforscher sich offensichtlich nicht dafür interessierten, was sich innerhalb der Nomenklaturelite zwischen 1988 und 1990, während der berühmt-berüchtigten "spontanen" Privatisierung in Ungarn, abspielte. I. Szelenyi und seine Kollegen wußten zwar von der bedeutenden Erneuerung und Verjüngung der ZK-Nomenklatur in der zweiten Hälfte der 80er Jahre durch "wirklich fachkompetente" Technokraten aus dem zweiten und dritten Glied der Nomenklatur. Sie sahen sich aber dadurch nicht veranlaßt, auch die Fragen an die ZK-Nomenklaturisten zu stellen, wann - etwa zwischen 1988 und 1990? - und vor allem wie, von wem und wohin - etwa in führende Wirtschaftsposten? - sie "verdrängt" worden sind. Selbst den Frühpensionierten wurden diese Fragen erspart. Aus den angedeuteten Gründen erscheinen die Angaben und die Interpretation von I. Szelenyi über das Ausmaß der "Säuberung" der "fachkompetenten Elite" durch "inkompetente Amateure" in Ungarn wenig zuverlässig und voreingenommen.

Analog verriet die namhafte Soziologin, E. Szalai, ihre politischen Präferenzen in ihrer Analyse der Wirtschaftselite nach dem Systemwechsel. Den Systemwechsel hätten drei Elitegruppen initiiert: die "neuen Technokraten" innerhalb der Partei- und Staatsbürokratie, die demokratische Opposition (aus der sich später die Führungsgarnitur der Freidemokraten rekrutierte) und eine intellektuelle Schicht der Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften, die dahintergekommen sei, daß ohne politische Reformen keine Teilreformen möglich sind. E. Szalai konzidierte zwar, daß die von ihr genannten drei Gruppen einen Systemwechsel nicht anvisiert hätten, dieser jedoch das Resultat des Zusammenwirkens der drei Gruppen sei.<sup>47</sup>

Bei diesem Versuch, die Rolle der Reformkommunisten und der aus ihren Reihen rekrutierten liberalen Intelligenz beim Systemwechsel hervorzuheben, bleibt nur die Antwort auf die Frage auf der Strecke, wieso es zur Implosion des Systems kam, wenn die Hauptakteure diese ursprünglich nicht anvisierten, ja gerade das System durch Reformen zu retten versuchten. Wiewohl die Katalysatorfunktion der von E. Szalai genannten Elitegruppen bei der inneren Zersetzung unbestritten ist, spielten beim osteuropäischen "Jahrhundertwunder" andere Faktoren und Akteure eine noch größere Rolle: die systemimmanenten "selbstmörderischen" Dysfunktionen, der Umstand, daß innerhalb der Gesellschaft keine nennenswerte Schicht auch nur den kleinsten Finger rührte, um die "Errungenschaften" des Realsozialismus zu verteidigen, schließlich das Ausbleiben der sonst obligatorischen "Bruderhilfe" aus der Metropole des Realsozialismus.

Noch eindeutiger verriet die Charakteristik der Wirtschaftselite, die unter der Antall-Boross-Regierung kurzfristig in Machtpositionen gelangte, E. Szalais politische Präferenzen. Sie bezeichnete sie als die "neue Klientel, die ihre Wirtschaftsmacht in erster Linie ihren politischen Verbindungen oder politischen Positionen verdankt". Aus ihrer Sicht verdankten wohl die Reformkommunisten und die von ihr genannten Elitegruppen der 80er Jahre ihre Führungspositionen in Wirtschaft und Politik in erster Linie ihrer Fachkompetenz.

Die "neue Klientel" der christlich-konservativen Koalition setze sich nach E. Szalai aus drei sozialen Gruppen zusammen:

- a) Mitglieder und Abkömmlinge der früheren Aristokratie und christlichen Mittelständler;
- b) frustrierte Intelligenzler vom flachen Lande, die unter Kádár nur deshalb keine Positionen erlangten, weil sie unbegabt - d.h. "Hinterwälder" - waren und sind;
- c) zweit- und drittrangige Garnitur der reformkommunistisch-liberalen "neuen Technokraten".<sup>48</sup>

<sup>47</sup> E. Szalai, Technokraték és kliensek, in: Figyelő, 28.4.1994, S. 28 ff.

<sup>48</sup> Ebenda.

Daß nach diesem Attentat auf die politische Soziologie die sonst begabte und fruchtbare Soziologin sich als Wahlkämpferin entpuppte und in ihrem Interview für den Sieg der "alt-neuen Technokraten" über die christlich konservative "Klientel" warb und diesen voraussagte, kann kaum verwundern. Der Ausgang der Wahlen von 1994 legt zumindest die Vermutung nahe, daß die Entmachtung der Nomenklaturelite und der Nomenklaturbourgeoisie in Ungarn nicht in dem Maße erfolgte, wie es manche politisch engagierte Soziologen darstellen.

#### **4. Die Wahlen von 1994 und die Bildung der neuen Koalitionsregierung unter Gyula Horn**

Die gewaltigen institutionellen Veränderungen, die wachsenden wirtschaftlich-sozialen Schwierigkeiten und Existenzängste, die von der davon weitgehend verschont gebliebenen Medienintelligenz weiter geschürt wurden, trugen dazu bei, daß nicht nur ein großer Teil der Intellektuellen, sondern der Bevölkerung gegenüber der Koalitionsregierung zunehmend mißtrauisch wurde. Die Zahl der Arbeitslosen stieg 1992-1993 auf nahezu 13%, die derjenigen, die unter dem Existenzminimum leben mußten, auf über 2 Mio. Die Illusion, daß eine pragmatisch orientierte, fachkompetente Regierung der Bevölkerung die sozialen Kosten der Sanierung der Wirtschaft ersparen würde, verbreiteten nicht nur die Sozialisten, sondern auch die liberalen Oppositionsparteien. Die zunehmende Irritation der Bevölkerung, die Flucht vor der "großen Politik" kamen in der Abstinenz bei den Gemeinderatswahlen 1991, in der wachsenden "Grau- bis Schwarzzone" der Wirtschaft, deren Anteil am BIP 1994 auf rund 30% geschätzt wurde, sowie in der von Anfang an fehlenden Steuermoral zum Ausdruck. Nach Umfragen beabsichtigten 30-40% der Wähler nicht zu den Urnen zu gehen.

Während die Parteienlandschaften in den westlichen Demokratien das Ergebnis einer Entwicklung von ein bis zwei Jahrhunderten darstellen, entstanden die sechs im ungarischen Parlament vertretenen Parteien innerhalb von einigen Jahren während der Agonie und des Zusammenbruchs des Realsozialismus. Abgesehen von der Nachfolgepartei der USAP hatten, allerdings in einem grundsätzlich anders geprägten Land als 1989, nur die Christdemokraten und Kleinlandwirte bestimmte historische Wurzeln. Die Gründer der im Grunde neuen Sammelparteien waren hauptsächlich hauptstädtische Intellektuelle, die - mit Ausnahme der USP - gerade aus dem Dunstkreis der Illegalität oder Halblegalität heraustraten, weder über Zeit, Geld und Erfahrung noch über eine Infrastruktur verfügten, um organisatorisch stabile, programmatisch den Wählern zugängliche, konsistente Parteien zu schaffen. Die Parteien hatten keine konkreten, ausgereiften Konzeptionen in bezug auf Modalitäten, Tempi und Instrumente der künftigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Konkursverwaltung. Das galt auch für die Freidemokraten, deren Wirtschaftstheoretiker zwar zur Schocktherapie neigten, aber mit konkreten - vor allem sozialpolitischen - Kostenrechnungen und Ausführungsprogrammen auch nicht aufwarteten. Die Programme aller Parteien waren vage und wertorientiert.

In einem Punkt wußten sich die Parteien mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung einig. Das alte System mußte abgeschafft, ein marktwirtschaftlich und sozial orientierter Rechtsstaat aufgebaut werden. Für ein minutiöses Abwiegen und Abwägen der Größenordnung sowie der Bewältigung der Konkursmasse blieb keine Zeit. Insbesondere für die Parteien der ersten demokratischen Regierungskoalition galt es - ohne eine Neuauflage irgendeiner "Marshall-Hilfe" - die Konkursverwaltung nach dem Motto "learning by doing" anzutreten. Im Moment der Amtsübernahme durch die Antall-Regierung befand sich Ungarn am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Am Ende der Legislaturperiode 1994 verfügte das Land über Währungsreserven im Werte von rund 7 Mrd. Dollar.

Die Parteienlandschaft von 1990 und ihre Entwicklung könnte man vereinfachend folgendermaßen charakterisieren: 1) Die im Westen übliche Einteilung in "links-rechts", "konservativ", "liberal", "nationalistisch-national", "sozialistisch-sozialdemokratisch" usw. kann man in bezug auf die Parlamentsparteien in Ungarn nicht oder nur mit äußerster Vorsicht anwenden. Denn die Gliederung und Interessenwahrnehmung der im Realsozialismus entstandenen Gesellschaft war chaotisch, desorientiert. Sowohl die Gesellschaft als auch die Parteien konnten erst nach dem Systemwechsel beginnen, ihre tatsächlichen Interessen und die praktische Bedeutung der verkündeten Werte und Ordnungsprinzipien wahrzunehmen bzw. abzuwägen. Die Trennlinien zwischen den Parteien waren unklar. In jeder Partei gab es Gruppierungen und Fraktionen, die identische Ziele und Werte mit Gruppen aus anderen Parteien vertraten. 2) Das ungarische Parteiensystem war 1990 ein unausgereiftes Parteiensystem, und so blieb es bis 1994 weitgehend. Immerhin wurde mit der Zeit immer klarer, welche Interessen die Parteien vertreten, allerdings nicht für die gesamte Gesellschaft. Diese blieb nahezu so desorientiert, wie sie 1990 war, und es zeichnete sich ab, daß es 1994 ebenso zu einer Protestwahl kommen würde wie 1990. Damals war zu erwarten, daß die Parteienlandschaft in Ungarn sich innerhalb einiger Jahre völlig verändern würde. Eine der Überraschungen der Wahlen 1994 war, daß dieselben sechs Parteien die 5%-Hürde geschafft haben, die 1990 gestartet waren. Daß die Kräfteverhältnisse von 1990 sich verschieben würden, war bereits 1990 vorauszusehen. Die Frage war nur, in welchem Ausmaß und zugunsten welcher Parteien. 3) Die Parteiengliederung reflektierte 1990 nicht bzw. nur äußerst schwach die gesellschaftliche Schichtung. Auch wenn von der Wahrnehmung der Interessen der "Arbeitnehmer", der "Mittelklasse", der "Bauernschaft", der "Nation" usw. gesprochen wurde, beruhte das Engagement auf weitgehender Unkenntnis der realen gesellschaftlichen Zustände und Bewußtseinslage. Die Parteien machten sich gewissermaßen erst nach 1990 daran, mühsam ihre gesellschaftliche Basis ausfindig zu machen bzw. zu schaffen. Daß sich in dieser Situation die Parteien in der Opposition mit Hilfe ihrer Quasimonopolstellungen in den Medien als Beschützer der rüde tangierten Interessen von breiten Schichten profilieren konnten, versteht sich von selbst.

Am Ende der Legislaturperiode, vor den Wahlen 1994, zeichneten sich in der innenpolitischen Entwicklung sowohl "unerwartete" als auch "unvermeidliche" Phänomene ab. Als "unerwartet" kann man die relative politische Stabilität und das Phänomen bezeichnen, daß die konservative Regierungskoalition - im Unterschied zu den meisten postsozialistischen Staaten - bis Ende der Legislaturperiode im Amt blieb. Verschiedene Umfragen bestätigten außerdem, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung trotz wachsender materieller Sorgen und Verwirrung keine Alternative zur Marktwirtschaft und zum demokratischen Rechtsstaat unterstützen würde. Überraschend erschien auch, daß die Umfragen die Stabilität der bestehenden Parteienpalette, die Absicht, eine der im Parlament vertretenen Parteien zu wählen, signalisierten.

Am 8. Mai 1994 wurde die erste Wahlrunde bei einer Wahlbeteiligung von 68,94% (1990: 65,1%) abgehalten. Die Wahlrunde bestätigte, daß nur die sechs "alten" Parlamentsparteien die Hürde der 5%-Klausel geschafft hatten (in Klammern die Stimmenanteile von 1990): Sozialisten 32,96% [10,89]; Freidemokraten 19,76% [21,39%]; Demokratisches Forum 11,73% [24,73]; Kleinlandwirte 8,85% [11,73%]; Christdemokraten 7,06% [6,46]; Jungdemokraten 7% [8,95%]. Nach der zweiten Wahlrunde (Stichwahlen) und der im Wahlgesetz geregelten Verwertung der "Reststimmen" - ein Kompensationszuschlag, der der "Siegerpartei" einen Anteil an Parlamentsmandaten verschaffen kann, der um 20% höher liegt als der Stimmenanteil der Partei - ergab sich folgende Verteilung der 386 Parlamentsmandate: Sozialisten 209 (54,15%), Freidemokraten 69 (17,88%), Demokratisches Forum 38 (9,84%), Kleinlandwirte 26 (6,74%), Christdemokraten 22 (5,70%), Jungdemokraten 20 (5,18%).

Eine der Überraschungen der Wahlen war, daß die Arbeiterpartei, die orthodoxe Nachfolgepartei der USAP, mit 3,18% auch diesmal den Sprung ins Parlament verfehlte. Noch überraschender war, daß die durch die in- und ausländischen Medien jahrelang zur rechtsextremen Gefahr aufgebauschte "Gerechtigkeitspartei" von I. Csurka nur 1,58% der Stimmen erhielt.

Von den 209 Abgeordneten der Sozialisten waren vor dem Systemwechsel 58 Parteifunktionäre, 16 hohe Würdenträger der ehemaligen KP, 28 LPG-Vorsitzende und neun Gewerkschaftsfunktionäre. Mehr als die Hälfte der Abgeordneten der USP bekleidete vor 1990 höchste und mittlere Nomenklaturposten. Wenn man die 60 Ärzte, Lehrer und Juristen sowie die 30 Inhaber von führenden Posten in der Wirtschaft hinzurechnet, ergibt sich das Dilemma, ob man die Partei als die Partei der Reformkommunisten, der "Nomenklaturbourgeoisie" oder einer modernen Sozialdemokratie betrachten soll.

Einer der Gründe des Koalitionsangebots der Sozialisten an die Freidemokraten, die 1989-1990 als "Kommunistenfresser" und danach als Verfechter der Schocktherapie auftraten, war wohl die Überlegung, daß eine 72prozentige Mehrheit im Parlament allen "schwierigen" Gesetzen über die Hürde der Zweidrittelmehrheit helfen würde. Was den "Antikommunismus" der Freidemokraten anbelangt, so konnten die Sozialisten seit 1990 - u.a. auch im Zusammenhang mit den Gesetzen über "Durchleuchtung" und Strafverfolgung von Verbrechen während des Kommunismus - in Erfahrung bringen, daß die Freidemokraten in Fragen der "Vergangenheitsbewältigung" eine analoge Aversion gegen die juristische Vorgehensweise hatten wie sie selbst. Die Vordenker der Freidemokraten zeigten die gleiche Neigung wie die Sozialisten, die "Modernisierungsleistungen" des Kommunismus hervorzuheben. Besonders schwer wog wohl beim Koalitionsangebot die Annahme, daß die Freidemokraten im Westen besonders salonfähig seien, sowie ihr Einfluß innerhalb der meinungsbildenden Intelligenz und in den Medien. Nach gewissem Zögern nahmen die Freidemokraten das Angebot an.

**Gyula Józsa**

## **The Change of Government in Hungary in 1994**

Bankruptcy management following "real socialism" and the electoral victory of the socialists

**Bericht des BIOst Nr. 10/1996**

### **Summary**

#### *Introductory Remarks*

East European studies in the west frequently portrayed Hungary as the reforming communist country par excellence, singled out until the end of the eighties as proof of "real socialism's" potential for reform and change. After the implosion of the "real socialist" order, it was assumed that Hungary would be one of the first countries to undergo transformation and one of the fastest to pull out of the "transformation crisis".

The actual course of development disproved these expectations. The legacy in bankruptcy of the "real socialist" system turned out in Hungary, too, to be a greater burden than had been supposed. Hungary, too, became caught up in the leftist trend that swept the post-socialist countries. In May 1994 the socialists (HSP) achieved an unexpectedly high result (33%) in the election, winning, thanks to an electoral law which favours the strongest party, 54% of the seats in parliament.

The present report endeavours to critically examine how and why the legacy of "real socialism" was misjudged and to outline the problems of transformation in Hungary. References to the social and intellectual milieu during the first democratic parliamentary term attempt to explain the results of the 1994 election.

#### *Findings*

1. The "post-totalitarian" illusions with regard to the composition of "real socialism" and its potential for change, reform and modernization, illusions which have had a pivotal influence on East European studies and thus on the advice given to politics since the late sixties, led not only to the "homicidal" and "suicidal" structures, functions and dysfunctions of latter-day-totalitarian, politburocratic "real socialism" being mistaken but also to the magnitude and the composition of the legacy of bankruptcy left behind by "real socialism" being frequently under-estimated or misjudged in the West and in the countries concerned. This applies also with respect to Hungary, the "liberal show-country of the most radical semi-reforms".
2. The specialist literature on transformation contains numerous references to the "transformation crisis". The impression is frequently given that the crisis, for example in Hungary, came about as a result of the change of political system and of the application of deficient transformation strategies and techniques, rather than being rooted in the legacy of "real socialism". To avoid confusion and blending of cause and effect, it would be expedient to use the term "bankruptcy management" instead of talking about transformation and transformation crisis.

3. In 1989-1990, the implosion of the latter-day-totalitarian and politburocratic system in Hungary was followed by a change of political system. The fundamental problem faced by Hungary and indeed by all post-socialist states lay and continues to lie in the asynchronism and the tensions between the change accomplished in the political system and the change not yet accomplished in the basic structures of the economy, society and culture, in particular of political culture. However, the bankrupt legacy left behind by "real socialism", which must somehow be managed within the framework of the new constitutional institutions and control mechanisms, lies precisely in these fields. It is a well known fact that there is no such thing as a swift and painless "change and exchange" of economies, societies and cultures. This gives rise to the fundamental tensions which need to be dispelled between political discontinuity and economic, social and cultural continuity.
4. The prosecution of crimes committed during the communist period and the investigation of members and collaborators of the security organs were successfully blocked in Hungary by the socialist and liberal opposition parties. Up to the end of 1995 not a single person involved for instance in the massacres of 1956 had been sentenced by a court or even found guilty of and called to account for collaboration.
5. The majority of the intelligentsia which helps to form public opinion was from the very beginning suspicious of or even hostile to the conservative government. Neither the Christian-conservative- nor the socialist- and liberal-orientated intellectuals were prepared for the change of system. Because of their over-involvement in party politics, they were not capable of carrying on an unemotional, constructive political dialogue, of helping to come to terms with the past and to evolve a new political culture, nor of helping a disorientated society to find a new orientation. This explains why the balances drawn of the performance of the Antall-Boross government were either extremely hostile or extremely favourable, with the unilaterally negative judgements being in the majority because of the imbalance of power.
6. In most of the media, the followers of the Free Democrats and the Socialists gained or consolidated a secure advantage. The "media war" that was waged in Hungary between 1990-1994 was more a war of the media against the Christian-conservative government than a fight for the freedom of the press. It was more a case of defending the monopolies on the media market that had persisted from the old regime or had arisen during the "spontaneous" privatization of 1988-1990 against "intrusion" by competitors with a Christian-conservative orientation. Responsibility for the imbalance within the Hungarian media landscape and for the country's under-developed media culture lies in part with Western and West German publishing houses which, abetted by the incumbent editorial teams - in return for assurances of a minority participation and non-interference - had converted the former Party press into "capitalist" majority ownership at below its real value. Unlike in all other post-socialist countries, in Hungary the media were not "wound up" and shaken out between 1990 and 1994.
7. The prime aim of the first democratic government was to build up a new legal and institutional infrastructure. In pursuing this aim it was acting deliberately or unwittingly in the best traditions of Hungarian political culture. The institutional framework and the control mechanism of the "real socialist" state were fundamentally irrational and served as the source of all "homicidal" functions and "suicidal" dysfunctions and of the legacy left behind by the bankrupt system. As the example of Russia shows, neither the winding-back of the rôle of the state, nor the privatization and rehabilitation of the economy, nor the budget reform could have been tackled without a new legal and institutional infrastructure. Despite all the accusations and recriminations, the Antall-Boross government persisted with

and achieved this aim. It created the foundations for a new democracy and thus gave the country a relative political stability. The legal institutional control mechanisms of a constitutional state with a market-economy are better developed in Hungary than in any other of the post-socialist states. They by no means function perfectly, but they function.

8. Hungarian society never legitimized the socialist control mechanisms and institutions, which were ultimately based on coercion and the use of force. It acted instinctively according to its own rules, against these mechanisms and in spite of the socialist norms. This "cohabitation" gave rise to a "second society" and a "second culture" which, in complex interaction with such "suicidal" dysfunctions of "real socialism" as the "second politics" and the "second economy", eventually led to the implosion of the system. One expression of the "non-voluntary acceptance" of the regime was a corruption culture that defied all imagination. Not only was society corrupted and deceived from above, it itself corrupted the pillars on which the power of the state rested (the administration of the Party, the state and the economy, etc.) until they crumbled and collapsed.

The demise of "real socialism" left behind an "atomized", disorientated society unfamiliar with the workings and practices of a constitutional state and a market economy system. Misled by the majority of the media, society persisted in a state of illusion as regards the real cost of transformation, i.e. of bankruptcy management. The majority of the population succumbed to the suspicion that the reason for all its existential problems was the incompetence of the government, that an "experienced" and "expert" team could spare it these costs.

9. At home and abroad, a whole army of sympathizers of the socialist and liberal opposition parties, persisting in their "post-totalitarian" theories, were at pains to draw attention to the achievements of "real socialism" in Hungary in terms of social modernization. Curiously enough, it was the mentors and sympathizers of the Free Democrats rather than the Socialists that were more prominent in this respect.

The over-stressing of certain civilizational achievements during "real socialism" was based on a mistaken perception of the real state of mind of the population and was a contributory factor in the disorientation of society and in covering up for the genesis of the legacy of bankruptcy. The purportedly "value-free" evaluation of the social "achievements" made during the socialist period, without regard to contents, social, human or moral costs, socio-cultural consequences, and the methods used to push through certain civilizational achievements, is in itself illogical, ahistorical and absurd. The same logics could be used to idealize and elevate the performance of any criminal regime to the status of modernization achievements.

10. The change of political system and the first term of the democratically elected parliament was not accompanied by a change of elites. Reshuffles took place only at the pinnacle of the political elite. The "real socialist" corporations survived the change of system and continue in action in slightly modified form. During the change of system and the "spontaneous" privatization, positions in the nomenklatura were converted instantaneously and successfully into assets, capital, and leading positions in the economy, in the cultural field, or in the parties. The theories advanced by certain sociologists and the interpretations of certain sociological studies with regard to the extent of the change of elites are so clearly biased and partisan that they cannot be regarded as reliable.
11. Opinion polls conducted in the lead-up to the elections identified growing discontent with the Christian-conservative government among the population; they indicated that 1994 would be just as much a protest election as had been 1990. The polls also revealed that, despite all expectations, the same six parties would make it into parliament as in 1990.

Although the party landscape stabilized between 1990 and 1994, the electorate still perceived it as half-baked and hazy. What decided the result of the election was not the principles and the abstract theoretical objectives of the various manifestos, which were beyond the grasp of the electorate, but rather the subliminal messages and the more or less fruitful propaganda of the individual parties. The Socialists and the Free Democrats managed to give the voters the impression that their expert competence and experience would save them from further social costs in the transformation process. This was reflected in the Socialists' victory in the election. Neither the remnant communists (HSWP) nor the right-wing nationalists, with which the liberal media had been scaremongering public opinion at home and abroad for years, made it into parliament.

Of the 209 Socialist members of parliament, 58 had been party officials before the change of system, 16 high-level dignitaries of the former CP, 28 chairmen of agricultural cooperatives, and nine trade union officials. More than half the HSP members of parliament had occupied high-level or middle-ranking positions in the nomenklatura prior to 1990. If the 60 doctors, teachers and lawyers and the 30 members coming from prominent posts in the economy are taken into account, a dilemma arises as to the extent to which the HSP can be considered a party of reformed communists, of the "nomenklatura bourgeoisie", or of a modern social democracy.